



In feindlicher Umgebung: Zur Lage an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober

**Zivilgesellschaftliches Lagebild
Antisemitismus #15**



Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Ein Projekt von:



Herausgeber

Amadeu Antonio Stiftung
Karl-Marx-Allee 1
10178 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion Nikolas Lelle, Alissa Weiße, Vanessa Reichert,
Lukas Steinbrenner, Florence Böhm, Giulia Venzke, Marie Walter

Titelbild Picture Alliance / Soeren Stache

Das Foto entstand am 16. April 2025 im Zuge einer antiisraelischen
Besetzung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Layout gegenfeuer.net

Gedruckt auf Envirotop Recycling
100% Altpapier

© Amadeu Antonio Stiftung, 2026

Das Projekt „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Beauftragten oder des BMI dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung. Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mittragen.

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben in Deutschland
und den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

- 4 Geleitwort von Dr. Felix Klein
- 5 Geleitwort von Tahera Ameer
- 7 Einleitung
- 13 Kernbeobachtungen
- 14 Unsere Forderungen
- 15 Chronik antisemitischer Vorfälle an Hochschulen
seit dem 7. Oktober
- 16 „Juden werden nicht geschützt“: Interview mit Julia Bernstein
- 22 Erfahrungen jüdischer Studierender in Deutschland: Ergebnisse
einer globalen ADL-WUJS-Umfrage mit Fokus auf Deutschland.
Beitrag von Ayal Feinberg und Aykan Erdemir
- 26 „Dass jüdische Menschen in Deutschland nicht frei studieren
können, ist eine schreiende Ungerechtigkeit“: Interview
mit Ron Dekel
- 32 Klima der Angst: Wie haben antisemitismuskritische
Hochschulgruppen die Zeit seit dem 7. Oktober 2023 erlebt?
- 34 Campus im Ausnahmezustand: Beitrag von Julia Bernstein
und Stefan Müller
- 38 „Mein permanentes Gefühl: Ich bin hier in einer feindlichen
Umgebung“: Interview mit einer Aktivistin
(Unbekannte Jüdische Aktivist*innen Deutschland)
- 44 Klima der Angst: Vor welchen Herausforderungen stehen
antisemitismuskritische Hochschulgruppen?
- 46 Zur Lage an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen:
Beitrag von Andreas Stahl
- 50 Umkämpfte Räume: Beitrag von Debora Eller
- 54 Klima der Angst: Was brauchen antisemitismuskritische
Hochschulgruppen im Kampf gegen Judenhass auf dem Campus?
- 56 Literaturempfehlungen

Geleitwort von Dr. Felix Klein

BMI/Henning Schacht



Dr. Felix Klein war von 2018 bis 2026 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

Das Positive zuerst: Die Situation ist nicht aussichtslos. Denn dieses Lagebild zeigt, wie viele jüdische und nichtjüdische Studierende, Lehrende und Initiativen sich dem an Universitäten mittlerweile allgegenwärtigen Antisemitismus entgegenstellen. Zugleich ist es ernüchternd, dass dieses Engagement nötig ist – und wie wenig Unterstützung es unter nichtjüdischen Studierenden erfährt.

Hochschulen sind als Orte geistiger Freiheit, von Kritik und offener Debatte geschaffen. Doch vielerorts hat sich ein aktivistischer Konformitätsdruck breitgemacht: Nicht die Suche nach Erkenntnis bestimmt dann den akademischen Diskurs und das studentische Miteinander, sondern ideologische Zerrbilder. Israel gilt pauschal als „imperialistischer Siedlerstaat.“ Ausladungen von nicht genehmen Rednerinnen und Rednern, Boykottaufrufe, Protestcamps und Einschüchterungen sind keine Wissenschaftsfreiheit, sondern zerstören deren Voraussetzungen.

Jüdische und israelsolidarische Studierende sind seit dem 7. Oktober zu einer bedrängten Minderheit geworden – ohne dass sich dagegen Dissens formulieren würde. Von den 205 Befragten, die an einer Hochschule in Deutschland studierten, gaben 85 Prozent an, ihre jüdische Identität verborgen zu haben. Die Erhebung ist nicht repräsentativ. Ihre Ergebnisse sind dennoch ein Warnsignal und ein deutlicher Handlungsauftrag an alle Verantwortlichen.

Bedrückend ist auch, dass knapp die Hälfte derjenigen, die religiöse Rücksichtnahme beantragt hatten, berichtete, diese sei nie oder nur manchmal gewährt worden. Prüfungstermine an hohen jüdischen Feiertagen, fehlende Ausnahmen und mangelndes Verständnis sind keine Nebensachen. Hier entscheidet sich, ob die verfassungsgemäße garantierte Religionsfreiheit und Teilhabe auch praktisch gelten.

Antisemitismus darf nicht erst zum Thema werden, wenn ein Vorfall eskaliert und das Präsidium zur Krisensitzung zusammentritt. Deswegen sind tragfähige Strukturen unverzichtbar. Insbesondere Antisemitismusbeauftragte an Hochschulen benötigen drei Dinge: das Vertrauen der jüdischen Community, ein klares Mandat und ausreichende Ressourcen. Hinzu kommen müssen fachliche Qualifikation, unabhängige Beschwerdewege, verbindliche Handlungspläne und die Rückendeckung der Hochschulleitung. Antisemitische Äußerungen und Rechtsverstöße müssen Konsequenzen haben. Einschüchterung, Gewalt und Terrorverherrlichung dürfen keinen Raum erhalten. Die Beauftragten benötigen zudem ein Verständnis von Antisemitismus, das nicht in Konkurrenz zur Betroffenenperspektive tritt und israelbezogenen Antisemitismus weder verkennt noch relativiert.

Wissenschaftsfreiheit und der Schutz jüdischer Hochschulangehöriger bedingen einander. Wo Menschen ihre Identität verbergen, Seminare meiden oder aus Angst schweigen, ist Wissenschaftsfreiheit beschädigt. Besserung setzt voraus, dass Hochschulen Betroffenen zuhören, Verantwortung übernehmen und verbindlich handeln.

Mein Dank gilt den Autorinnen und Autoren des Lagebilds und der zugrunde liegenden Studie sowie allen, die ihre Erfahrungen eingebracht haben. Ich wünsche der Publikation weite Verbreitung und eine aufmerksame Leserschaft – und vor allem, dass aus ihren Erkenntnissen entschlossenes Handeln folgt.

Von Versagen und Verantwortung.

Geleitwort von Tahera Ameer

Die diesjährigen Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus widmen sich der Situation an Hochschulen. Warum, könnte man fragen, denn hat sich „die Lage“ an Hochschulen nicht „beruhigt“?

Die „Lage“ hat sich nicht „beruhigt“. Auch wenn die sichtbare Mobilisierung von Protestcamps, Gebäude- und Hörsaalbesetzungen, Störungen von Veranstaltungen und Sachbeschädigungen, in denen Antisemitismus ein Forum bekam, ihren Höhepunkt im Frühjahr 2024 hatte, hat sich an den alltäglichen Erfahrungen von Hass, Bedrohung und Ausgrenzung, denen jüdische Studierende ausgesetzt sind, oder die sie antizipieren müssen, nichts geändert: ob in den Einführungswochen, in Seminaren oder Studierendenparlamenten, ob Psychologie, Jura, Literaturwissenschaft oder Soziologie: überall ist der Vorwurf des Völkermords, des Kolonialismus und des Rassismus gegenüber Israel präsent, wird aktiv von Studierenden in allen Räumen platziert und geht oft mit einer Bagatellisierung, wenn nicht sogar mit einer Begeisterung für den islamistischen Terror der Hamas einher.

Studierende verbergen ihre jüdische Identität aus Angst vor Übergriffen, sie bringen sich in Seminare nicht mehr mit einer jüdischen oder israelischen Perspektive ein, vermeiden bewusst Diskussionen und äußern sich nicht mehr zu Israel. Zu aggressiv ist das Klima, das soziale Ächtung oder persönliche Konfrontation befürchten lässt, ganz zu schweigen davon, dass es eine hegemoniale Erwartung der Distanzierung von Israel und vom Zionismus gibt, dem vor allem Jüdinnen*Juden ausgesetzt sind, die durch den antisemitischen Automatismus der Repräsentation Jüdin*Jude = Israel verantwortlich für die Politik der israelischen Regierung gemacht werden.

Viele jüdische Studierende organisieren ihren Unialltag nach Sicherheitsaspekten und nicht nach fachlichem Interesse, denn sie müssen bestimmte Gebäude, Bibliotheken und Mensen zu bestimmten Zeiten meiden, müssen Veranstaltungen ausfallen lassen und auf Demonstrationstage reagieren. Jüdische Studierende verlassen Hochschulgruppen, ziehen sich aus Gremien zurück und einige gehen gar nicht mehr zur Uni, sondern versuchen, von zu Hause aus zu studieren. All dies ist in diesem Lagebild nachzulesen.

Angesichts des Selbstverständnisses von Hochschulen, die für sich in Anspruch nehmen, Orte der

intellektuellen Auseinandersetzung und der Freiheit zu sein, ist die Hinnahme dieses Zustands an genau diesen Orten ein Skandal. Sie sehen sich als demokratische Institutionen, die für Offenheit, Konfliktfähigkeit und gesellschaftliche Verantwortung stehen. Das Spannungsverhältnis zwischen normativem Selbstverständnis der Hochschulen und den Erfahrungen jüdischer Studierender könnte größer nicht sein. Der Antisemitismus, der sich seit dem 7. Oktober an Hochschulen enthemmt, denn je zeigt, und dem die Betroffenen ohne institutionelle Unterstützung nahezu machtlos gegenüberstehen, macht deutlich: Nicht die Ideale sind das Problem, sondern ihre mangelnde Einlösung.



Peter van Heesen

Tahera Ameer ist Vorständin der Amadeu Antonio Stiftung.

Doch ist es nicht nur das Scheitern an den institutionellen Versprechen, das es notwendig macht, sich mit Antisemitismus an Hochschulen auseinanderzusetzen: Hochschulen sind auch wesentliche Mobilisierungsorte für den entflammten Antisemitismus.

So schockierend es war, zu beobachten, dass das schlimmste Massaker an Jüdinnen*Juden seit dem Holocaust nach wenigen Stunden bereits dazu diente, Israel Genozid vorzuwerfen, so voraussehbar war, dass der ureigenste Reflex des Antisemitismus, die Täter-Opfer-Umkehr, schnell auf den Plan kommen würde. Die Begeisterung von Studierenden und Lehrenden an westlichen Universitäten für den beispiellosen

Angriff der Hamas war jedoch nachhaltig verstörend und abstoßend. Wer, wenn nicht Universitäten – Lehrende und Studierende – müssten willens und in der Lage sein, die logischen Widersprüche, die Selbstwidersprüche und die Aporien die sich in der Umdeutung von Terror in Widerstand offenbaren, offenzulegen, zu entlarven, die Konflikte zu suchen und auszutragen?

Gerade nach dem 7. Oktober wären Räume der intellektuellen Auseinandersetzung mit dem enthemmten Antisemitismus notwendiger denn je gewesen. Ein Antisemitismus, der noch ehrbarer geworden ist, als Jean Améry es in den 1960er Jahren für den Antizionismus beschrieb. Heute selbstbestimmter und – bewußter denn je, ist Antisemitismus zur kulturellen Identität einer großen Gruppe geworden, die im Namen der Menschenrechte, im Namen der Dekolonisierung, im Namen des antirassistischen Kampfes um Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit aller Menschen zur Auslöschung Israels aufruft.

Unter Zuhilfenahme verschiedener Theorien wurde der (schlechte) Jude von einer großen, zumindest lauten Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden westlicher Universitäten vom wurzellosen Kosmopoliten zum reaktionären Nationalisten umdefiniert, der der Erfüllung der Menschheit auf dem Weg zu einem Universalismus, in dem alle ohne Grenzen und Unterschiede koexistieren können, im Wege steht: durch seinen all dies verhindernden Partikularismus, nämlich sein Festhalten an der Existenz und Verteidigung des israelischen Staates, so die mangelhafte, aber offenbar viele Menschen überzeugende „Erkenntnis“.

Um diesem Antisemitismus etwas entgegenzusetzen, bedarf es unbestreitbar einer intellektuellen Auseinandersetzung. Neu ist nicht die Umwegkommunikation des Antizionismus. Das ist klassischer israelbezogener Antisemitismus. Aber der Antisemitismus des 21. Jahrhunderts, der zu einer antisemitischen Bewegung angewachsen ist, die alle Moral auf ihrer Seite zu haben meint, Massen mobilisiert und verschiedenste Szenen zusammenbringt, bezieht seine Legitimation vor allem durch Wissenschaftler*innen und akademische Texte verschiedenster Disziplinen.

Gerade deshalb müssten sich Hochschulen ihrer Verantwortung im Besonderen stellen: Sie dienen der Suche nach Erkenntnis durch wissenschaftliche Methoden und sie leben von der Freiheit, diese Erkenntnisse suchen zu können, unabhängig von Mehrheitsmeinungen. Sie sind Orte des argumentativen Streits und dürfen Konflikte nicht vermeiden. Und vor allem sind sie ein Schutzraum wissenschaftlicher Arbeit, in dem Diskussion ohne Angst möglich sein muss. Das sind die Voraussetzungen ihrer Existenz.

Hochschulen existieren, um Menschen zu befähigen, kritisch zu denken, Verantwortung zu übernehmen und Komplexität auszuhalten. Somit sollten diese Institutionen – gemäß ihren eigenen Idealen – Theorien auf die Plausibilität der Argumente prüfen, einfältigen Auslegungen von Theorien für die Indienstnahme manichäischer Weltbilder profunde Bildungsprozesse entgegensetzen und Konflikte mit Studierenden und Lehrenden, die diesen Ansprüchen entgegenstehen, aktiv gestalten. Aber das Gegenteil geschah und geschieht.

Dass diese Auseinandersetzung jenseits des Engagements der Betroffenen und antisemitismuskritischen Akteur*innen an Hochschulen von Verantwortungsträger*innen nicht angestoßen und priorisiert wird, weder im praktischen Unialltag auf dem Campus noch in der Lehre, bedarf unser aller Aufmerksamkeit: Die Bedeutung von Hochschulen liegt nicht allein in dem, was sie lehren oder erforschen, sondern darin, dass sie die Voraussetzungen schaffen, unter denen Erkenntnis, gesellschaftlicher Fortschritt und demokratische Teilhabe überhaupt möglich werden. Umso desaströser ist es zu beobachten, dass diese Institutionen sich nach wie vor nicht aktiv mit den ebendort entstehenden Theorien auseinandersetzen, die Terror als Widerstand legitimieren, und die Rechte von Minderheiten nicht schützen. Mit diesem Versagen ist nicht nur das Hochschulklima bereits vor die Hunde gegangen, sondern die Fähigkeit der Institution, ihren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen, steht insgesamt auf dem Spiel.

Das Lagebild bildet die Perspektiven der Betroffenen ab. Es zeigt, wie groß und vielfältig das Engagement an Hochschulen ist, getragen von Mut, ebenso wie vom Wunsch, das Studium fortzusetzen. Es zeigt, dass viele konstruktive Vorschläge, was Universitäten und ihre Verantwortungsträger*innen tun können, bereits gemacht wurden. Es zeigt, wie viele dieser Vorschläge ausgeschlagen und ignoriert wurden, wie sehr Antisemitismus mal wieder nur in hohlen Reden problematisiert wird, aber dessen Bekämpfung nicht handlungsleitend ist. Es macht deutlich, dass die meisten Hochschulen nicht konfliktbereit sind.

Aber das Lagebild zeigt auch, wie viele Verbündete es gibt, die nicht müde werden, an dieser Situation etwas zu verändern. All diesen Einzelkämpfer*innen und Mitgliedern selbstorganisierter jüdischer und antisemitismuskritischer Initiativen, die sich zum Studieren an Hochschulen eingeschrieben haben und nun allein dafür Sorge tragen müssen, dies überhaupt tun zu können, haben nicht nur unsere Solidarität und Aufmerksamkeit verdient, sondern auch die Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit an Hochschulen, an denen die Freiheit dieser Gesellschaft hängt.

Einleitung. Zur Lage an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober

Eine Professorin der Frankfurt University of Applied Sciences wird im Spätsommer 2024 Opfer einer Hetzkampagne. In Gruppenchats rufen Studierende dazu auf, Seminare von Julia Bernstein, Vorsitzende des Netzwerks jüdischer Hochschullehrender, aufgrund von „zionistischer Propaganda“ zu meiden. Später wurde die private Telefonnummer der Professorin veröffentlicht und es kam zu persönlichen Bedrohungen gegen sie. Ein normaler Universitätsalltag ist nicht mehr möglich.

Wer sich öffentlich antisemitismuskritisch äußert, setzt sich enormen Gefahren aus. Das spüren auch Antisemitismusbeauftragte immer wieder. Am 8. Dezember 2025 wurde eine Veranstaltung von Andreas Stahl, dem Leiter der Zentralen Beratungsstelle gegen Antisemitismus an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, kurz ZeBA, an der Universität Bielefeld durch mehrere Personen massiv gestört, der Beauftragte bedroht. Sicherheitsdienst und Polizei mussten einschreiten. Im Juni 2026 wurde Stahl erneut nach Bielefeld eingeladen, um über akademischen Antisemitismus zu sprechen. Gegen die Veranstaltung wurden Flugblätter verteilt und in den sozialen Medien eine Hetzkampagne verbreitet, in der auch sein Foto veröffentlicht wurde.

Ron Dekel, Vorsitzender der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), wurde im April 2026 aufgrund des Tragens einer Kippa auf offener Straße in Berlin beleidigt und bedroht. Nachdem Dekel den Vorfall auf Social Media publik machte, lauerte ihm die Täterin Tage später vor der Synagoge auf.

Alle drei berichten in diesem Lagebild davon, wie katastrophal die Situation an deutschen Hochschulen seit dem 7. Oktober ist. Genauer gesagt: Die Lage an den Hochschulen hat sich in der Zeit vom 7. Oktober 2023 bis heute, drei Jahre später, verschlimmert. Zu diesem Ergebnis kommt unser Lagebild #15. Das mag viele erstaunen, denn von außen scheint sich die Situation zu entspannen.

Schon kurz nach dem 7. Oktober reagieren die ersten Institutionen auf die Eskalation antisemitischer Vorfälle an Bildungseinrichtungen. Bereits Mitte November 2023 sprechen sich die Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz gegen Antisemitismus auf dem Campus aus. Weder zu rechtfertigen noch hinnehmbar seien: „Unverhohlene Drohungen mit körperlicher

Gewalt, das Anbringen von Plakaten oder Graffiti sowie Kundgebungen, die den Terror der Hamas gutheißen, die Opfer ausblenden oder aufrechnen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen und Jüdinnen und Juden insgesamt angehen und einschüchtern sollen.“¹

Anfang Dezember 2023 arbeitet die Kultusministerkonferenz (KMK) einen „Aktionsplan gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit“ aus, in der sich beispielsweise für die Verankerung der IHRA-Antisemitismusdefinition sowie für die Etablierung von hochschulnahen und verlässlichen Anlaufstellen ausgesprochen sowie ermutigt wird. Prominenteste Unterstützerin war die damalige Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger (FDP).²

Die Reaktionen zeigen schnellen und richtigen Handlungswillen, der angesichts der Lage auch nötig ist. An vielen Hochschulen wurden seitdem Antisemitismusbeauftragte eingesetzt.

Wahrnehmungsdiskrepanzen

Antisemitismus und Hochschule war im Jahr 2024 ein Dauerthema in deutschen Medien, angesichts einer ganzen Welle von antiisraelischen Protestcamps und Universitätsbesetzungen. Heute, zwei Jahre später, ist das kaum noch ein Thema in den Medien. Doch der Schein trügt, nur von Außen scheint es, als würde sich die Situation entspannen. Für jüdische und antisemitismuskritische Studierende ist die Lage keineswegs besser geworden, das bezeugen auch die Gesprächspartner*innen dieses Lagebilds. Aber es hat ein Gewöhnungseffekt eingesetzt, der sich nicht nur bezogen auf Judenhass an Hochschulen ausdrückt: Das explodierte antisemitische Vorfallesgeschehen wird gesamtgesellschaftlich mit einem Schulterzucken hingenommen.

Antisemitismus ist Alltag. Insbesondere israelbezogener Antisemitismus ist an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober zur alltagsbestimmenden Erfahrung geworden. Im Gespräch für dieses Lagebild äußert sich Ron Dekel, Vorsitzender der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, bitter:

„Es ist weiterhin nicht möglich an deutschen Universitäten zu studieren, ohne Antisemitismus zu erfahren. Viele Menschen haben seit dem Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas den Eindruck, dass damit auch der Antisemitismus an Hochschulen zurückgegangen sei. Das ist aber nicht der Fall.“

Danach gefragt, ob sich gar nichts geändert habe, schließt Dekel: „Was sich verändert hat, ist die Offenheit des Hasses.“ Das zeigt auch ein Blick in die beinahe tagesaktuelle Chronik antisemitischer Vorfälle der Amadeu Antonio Stiftung, die unter [chronik-antisemitismus.de](https://www.chronik-antisemitismus.de) eingesehen werden kann. Immer öfter finden sich offene Gewaltaufrufe und Morddrohungen gegen Jüdinnen*Juden an deutschen Hochschulen. Durch das Lagebild #15 führt ein Zeitstrahl, der eine Auswahl von antisemitischen Vorfällen an Hochschulen seit dem 7. Oktober abbildet.

Dass diese dramatische Lage von der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft kaum wahrgenommen wird, verstärkt den Effekt der Bedrohung. Die Gründerin des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender, Julia Bernstein, bringt es im Interview auf den Punkt:

„Die Grundverunsicherung, die unmittelbar nach dem 7. Oktober entstand, nimmt zu. Sie geht nicht weg, und die Situation verbessert sich nicht – eher im Gegenteil. Das ist kein Paranoia-Phänomen, keine übertriebene Kränkung. Es liegt daran, dass an sehr vielen Hochschulen immer wieder Zeichen gesetzt werden, die eines klarstellen: Juden sind im universitären Raum nicht geschützt.“

Das Lagebild #15 bildet Betroffenenperspektiven ab, die trotz der Dramatik der Lage erstaunlich wenig gehört werden. Diese Perspektivendiskrepanz gilt es zu erforschen. Die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft hat sich an den grassierenden Antisemitismus gewöhnt. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn antisemitische Vorfälle an Hochschulen keinen Skandal mehr wert sind. Dagegen erleben die Betroffenen den antisemitischen Alltag als zunehmend unerträglich. Stefan Müller und Julia Bernstein werden diese Diskrepanz in den nächsten drei Jahren im Zuge des Forschungsprojektes „Antisemitismus an Hochschulen in Hessen“ erforschen. In ihrem Text für das Lagebild analysieren sie die spezifische Bedeutung dieser Diskrepanz für den Hochschulkontext:

„Die Diskrepanz zwischen Betroffenen- und Nicht-Betroffenenwahrnehmung wird in unterschiedlichen Einschätzungen einzelner Vorfälle deutlich. Sie irritiert auch das moralische Selbstbild akademischer Milieus. Hochschulen verstehen sich traditionell als Räume der Aufklärung und kritischer Reflexion. Wenn jedoch ausgerechnet in diesen Milieus jüdische Perspektiven marginalisiert werden oder Antisemitismus nur dann

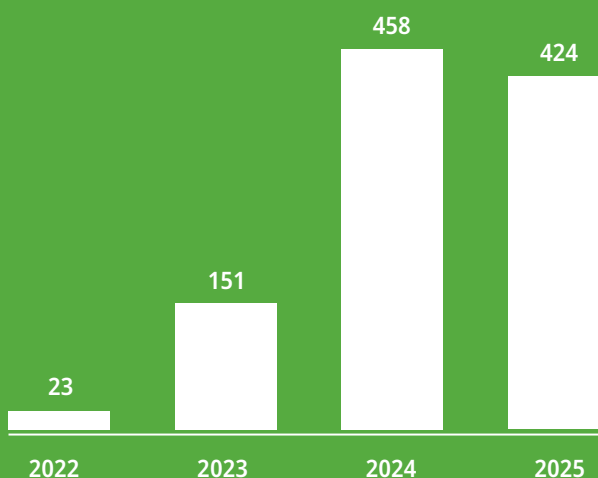
anerkannt wird, wenn er in klassische rechte, rechtsradikale oder rechtsextreme Feindbilder passt, entstehen folgenreiche einseitige Problemwahrnehmungen.“

Die Lage in Zahlen

Nach dem 7. Oktober 2023 sind die Hochschulen durch antiisraelische Agitation und antisemitische Vorfälle aufgefallen. Bundesweit wurden bei Hochschulprotesten die roten Hamas-Dreiecke auf Transparenten gezeigt oder eine neue Intifada gefordert, Boykotte israelischer Universitäten verlangt, Hörsäle besetzt oder „Tod den Juden“ in Schmierereien gefordert. Das kann in Zahlen abgebildet werden.

Die Recherche- und Informationsstelle RIAS dokumentierte in den Jahren 2022 bis 2025 1.056 antisemitische Vorfälle an Hochschulen. Für unser Lagebild hat der RIAS Bundesverband die Zahlen exklusiv mit einem Fokus auf das universitäre Vorfallsgeschehen analysiert.

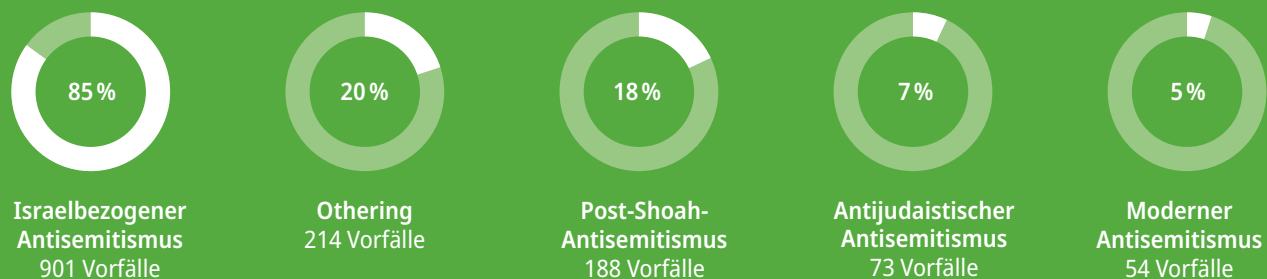
Antisemitische Vorfälle an Hochschulen 2022–2025



insgesamt 1.056 gemeldete Vorfälle 2022–2025

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bundesverband (RIAS)

Anteil der Erscheinungsformen an antisemitischen Vorfällen an Hochschulen 2022–2025*



* Mehrfachzuordnung möglich – ein Vorfall kann mehreren Erscheinungsformen zugeordnet sein.

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bundesverband (RIAS)

Der zeitliche Verlauf zeigt deutlich, dass der 7. Oktober 2023 auch an den Hochschulen eine Zäsur darstellt. Konnten 2022 gerade einmal 23 Vorfälle dokumentiert werden, steigerte sich die Zahl im Jahr 2023 um das sechsfache auf 151 Vorfälle und seit 2024 auf über 400 Vorfälle. Der zeitliche Verlauf zeigt deutlich, dass der 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg auch an den Hochschulen eine Zäsur darstellt. Seit 2024 ist das Vorfallesgeschehen anhaltend hoch. Kriegsrelevante Ereignisse wie verschiedene Waffenruhen zwischen Israel und der Hamas, Geiselfreilassungen oder letztendlich die Waffenruhe ab Oktober 2025 zeigen keine direkte Auswirkungen oder gar deutliche Reduzierung im Vorfallesgeschehen.

Das deckt sich mit der generellen Ansicht, dass Antisemitismus jeweils aufgrund verschiedener Anlässe ausagiert wird, die aber nicht die Ursache für die Judenfeindschaft sind.

Die antisemitischen Vorfälle an den Hochschulen lassen sich zu 85 % dem israelbezogenen Antisemitismus zuordnen.

Damit bilden wir ab, was für jüdische Studierende universitärer Alltag geworden ist. Die Anti-Defamation League, kurz ADL, hat vom Sommer 2024 bis zum Sommer 2025 eine weltweite Online-Umfrage unter jüdischen Studierende durchgeführt.

Für dieses Lagebild werden die Zahlen erstmals zur Lage an den deutschen Hochschulen in den Vergleich gesetzt. Die Ergebnisse schockieren: „Jüdische Studierende in Deutschland berichten von einem besonders hohen Ausmaß an Identitätsverheimlichung, einem ausgeprägten Bewusstsein für Bedrohungen und

Angriffe sowie von erhöhten Schwierigkeiten bei der Rücksichtnahme auf religiöse Belange.“

Worüber reden wir?

Antisemitismus an Hochschulen zeigt sich in verschiedenen Formen und Arten. Hinter den Daten stehen konkrete Vorfälle und gemachte Erfahrungen. Auf die Zahlen folgen Sorgen und Ängste. Es geht hier nicht um Varianten einer überzogen dargestellten „Israelkritik“, es geht um die Verbreitung antisemitischer Symbole und Parolen, um offen jüdenfeindliche Schmierereien, es geht sogar um Bedrohungen und Angriffe.

Im Sommer 2024 haben deutschlandweit Protestcamps und Besetzungen an Hochschulen für eine Reihe von antisemitischen Vorfällen gesorgt. Bei der Besetzung der Humboldt-Universität zu Berlin am 22. Mai 2024 wurden Schmierereien hinterlassen, die „all-Qassām“, der Name des militärischen Arms der Hamas, mit einem Herz kombinieren, oder „End Zionism glory to resistance“ fordern. Aktivist*innen skandierten passend dazu den Slogan „Long live the intifada“, Ausdruck der Verherrlichung einer Terrorserie gegen die israelische Zivilbevölkerung. Auch bei einem Protestcamp an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main am 23. Mai 2024 kam es zu terrorverherrlichenden Rufen. Immer wieder wurde Israel das Existenzrecht abgesprochen, durch Parolen oder Plakate, auf denen die Umrisse Israels ausgefüllt mit den Farben der Flagge Palästinas gemalt sind.



Terrorverherrlichende Schmierereien an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die roten Hamas-Dreiecke, die die Terrororganisation verwendeten, um israelische Ziele zu markieren und zu eliminieren, gehören heute zum alltäglichen Bild einer Universität. Ob ganz groß, wie beispielsweise bei der Besetzung der Universität in Bonn, bei der ein solches Dreieck am 12. Juni 2024 aus den Fenstern gehangen wurde, oder ganz klein, in Form von Schmierereien, verteilt auf dem ganzen Campus.

Bei dieser Art israelbezogenen Antisemitismus bleibt es nicht. Immer wieder werden offen antisemitische Schmierereien auf Universitätsgeländen entdeckt. An der Universität in Freiburg im Breisgau wurde am 11. Juli 2024 der Schriftzug „Die Juden sind euer Unglück“ gefunden. Wenige Monate später, am 28. Oktober 2024 schmiereten Unbekannte „FREE JEWS FROM BEING“ an eine Wand in der Universität der Künste in Berlin. Am 1. Juni 2025 werden Schmierereien auf der Toilette an der Universität Köln gefunden. Darunter ist die Aussage „Kill all Juice!“ („Juice“ ist ein antisemitisches Codewort für „Jews“, das zur Zeit vielfach auf der Social Media Plattform tiktok genutzt wird) zu finden. Auch an der Technischen Universität Dresden werden Morddrohungen an Jüdinnen*Juden verbreitet. Hier finden sich im Juli 2025 in einer Toilettenkabine zahlreiche Schmierereien. Darunter der Satz: „Jede Spülung 1 toter Jude!“.

Auf Gewaltandrohungen folgen Übergriffe. Für jüdische Studierende ist der Besuch einer Hochschule zu einer aktiven Bedrohung geworden. Das lässt sich an verschiedenen Fällen festmachen, bei denen jüdische oder israelsolidarische Studierende oder Lehrende aktiv bedroht oder angegriffen wurden. Das prominenteste Beispiel ist der Fall von Lahav Shapira, ein jüdischer Student der Freien Universität Berlin, der am 2. Februar 2024 in einer Bar von einem Kommilitonen erkannt, verfolgt und zusammengeschlagen wurde. Ihm ist ein Besuch am Campus bis heute nur noch mit Sicherheitspersonal möglich.

Aber das ist kein Einzelfall. Nachdem AStA-Mitglieder der Universität Oldenburg am 30. April 2024 antisemitische Flyer, die von Studierenden verteilt wurden, wieder einsammelten, wurden sie in eine Ecke gedrängt, beleidigt und körperlich angegangen. Auch auf einem Weihnachtsmarkt der Kunsthochschule Köln am 6. Dezember 2025, bei dem israelfeindliche und antisemitische Materialien verkauft wurden, kam es zu körperlichen Übergriffen, da ein Besucher als Zionist „erkannt“ und angegriffen wurde. Das eingangs beschriebene Beispiel von Julia Bernstein zeigt, dass dieses Bedrohungsszenario auch Lehrende einschließt.

Die aufgezeigten Fälle bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Alltag jüdischer, antisemitismuskritischer und israelsolidarischer Studierender und Lehrender. Sie kämpfen mit einer ständigen Bedrohung und haben das Gefühl in einer feindlichen Umgebung arbeiten und studieren zu müssen.

Eine antisemitismuskritische Bewegung

Die Lage ist aber keineswegs aussichtslos, auch das zeigt dieses Lagebild. Unsere Gesprächspartner*innen sind nicht resigniert, sondern arbeiten aktiv daran, die Situation zu verbessern, durch Vernetzung und Engagement, durch Forderungen und Kritik. Nach dem 7. Oktober ist deutschlandweit auch eine antisemitismuskritische Bewegung aus Initiativen und Organisationen entstanden, die den Status Quo nicht hinnehmen will. Im April 2026 haben wir für dieses Lagebild antisemitismuskritische Hochschulinitiativen gefragt: Wie erleben sie die Lage seit dem 7. Oktober? Was fordert sie besonders heraus? Was bräuchten sie? In ihren Antworten, die wir ausschnitthaft in drei Kapiteln vorstellen, geht es um die Implementierung einer unmissverständlichen Antisemitismusdefinition, um klare Positionierungen der Universitätsleitungen, um Ansprechpersonen für Betroffene und um Fortbildungen für Antisemitismusbeauftragte. Die Gruppe Students Remember aus München schreibt etwa: „Wir brauchen vor allem institutionelle Unterstützung und strukturelle Anreize [...]. Antisemitismuskritische Bildung darf kein Randthema bleiben, sondern muss als fächerübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden werden.“

Dieses antisemitismuskritische Engagement ist jedoch immensem Widerstand ausgesetzt. Das zeigt ein aktueller Fall aus Berlin: An verschiedenen Berliner Hochschulen haben sich nach dem 7. Oktober Gruppen unter dem Label „tacheles“ gegründet. Darin organisieren sich jüdische und nicht-jüdische Studierende, um dem untragbaren Status Quo etwas entgegenzusetzen. Das best-practice-Beispiel wird jedoch innerhalb des universitären Kosmos angegriffen. Im Mai 2026 versuchte die tacheles-Gruppe der Humboldt-Universität zu Berlin, sich als Hochschulgruppe durch das Studierendenparlament anerkennen zu lassen – und scheiterte am Widerstand der gewählten Studierendenvertreter*innen. Lediglich eine

einzigste Person stimmte dafür, 14 Personen stimmten dagegen, 16 enthielten sich. Praktisch bedeutet das: kein regulärer Zugang zu universitären Geldern, keine erleichterte Raumnutzung, kaum Einbindung in offizielle Strukturen, ergo: kaum politische Handlungsfähigkeit. Das Protokoll zu der Sitzung macht sprachlos: Der Initiative werden „rechte und reaktionäre Positionen“ angedichtet und sie wird gefragt, ob „Tacheles sich vom ‘antisemitischen Projekt Israel’“ distanzieren³. Die Nicht-Anerkennung der tacheles-Gruppe als Hochschulgruppe war nicht der letzte Skandal vor Ort. Im Juli 2026 hat dieses Studierendenparlament einen umfassenden Boykott israelischer Institutionen und von Akademiker*innen beschlossen⁴. Gerade einmal zwei Mitglieder des Parlaments stimmten dagegen.

Wer sich engagiert, macht sich zur Zielscheibe. Auch das zeigt dieses Lagebild. Jüdische Studierende ziehen sich deshalb vielfach aus universitären Räumen zurück, verstecken ihre Identität oder versuchen nicht aufzufallen. Der Fall des Berliner Studenten Lahav Shapira, der von einem Kommilitonen krankenhaushausreif geprügelt wurde, ist für viele eine Warnung. Im Januar 2026 sorgte eine Gruppe namens „Unbekannte Jüdische Aktivist*innen“ mit einer Aktion an der Technischen Universität (TU) sowie Freien Universität (FU) Berlin für Aufsehen: Sie hingen in der Nacht zum 27. Januar 2026 zwei große Banner an die Hochschulen. Auf ihnen stand: Wir wollen kein Mahnmal werden. Im Interview erklärt eine der Aktivist*innen, worum es bei der Aktion ging, wie die Resonanz war und warum sie anonym bleiben wollen: „Wir Jüdinnen*Juden sind nicht nur passive Opfer oder passive Objekte, über die von einer nichtjüdischen Mehrheit geredet werden kann. Wir sind Subjekte.“

Auch Antisemitismusbeauftragte werden angegriffen, was das Beispiel Andreas Stahl zeigt. Im Lagebild berichtet Stahl nicht nur über die Diffamierungskampagne gegen ihn, sondern erklärt auch, was seine Stelle bundesweit so besonders macht und was sich strukturell von dieser Konzeption lernen lässt.

Theorien des Antisemitismus an Hochschulen

Um das Problem adäquat bekämpfen zu können, muss es erklärt werden. Dass insbesondere Gebildeter Antisemitismus⁵ nicht erkannt wird, liegt an seiner Form, „da mit steigendem Bildungsgrad auch der Effekt der sozialen Erwünschtheit stärker ausgeprägt ist. So wird Antisemitismus unter Nutzung von Camouflage-Techniken, wie etwa in der Sprache scheinbar nüchterner 'Israelkritik', verschleiert, um möglichen Sanktionierungen zu entgehen.“⁶

Angesichts der vielfältigen Forschungen zu Gebildetem Antisemitismus kann es nicht mehr überraschen, dass die Hochschulen nach dem 7. Oktober zu einem Hotspot antisemitischer Vorfälle wurden. In ihrem Text für dieses Lagebild berichtet Debora Eller über die Debatten, Forderungen und Erfolge des Freien Zusammenschluss der Student*innenschaften, kurz fzs. Dabei betont sie: „Das Problem des Antisemitismus an Hochschulen liegt nicht nur an politischen Subjekten, die ihren eigenen Antisemitismus mitbringen, sondern zum Teil auch an der Theoriebildung an den Universitäten selbst. Das Problem ist also mitunter hausgemacht.“

In der Forschung wird das mittlerweile unter dem Begriff des „akademischen Antisemitismus“ gefasst. Andreas Jacobs und Richard Ottinger von der Konrad Adenauer Stiftung schreiben in der Einleitung zu dem im Sommer 2026 herausgegebenen Band „Akademischer Antisemitismus. Wie Forschung und Lehre Juden Hass begründen und verbreiten“:

„Universitäten sind aber nicht nur Foren und Austragungsorte antisemitischer Angriffe, sie sind auch Stichwortgeber und Mittäter. [...] Natürlich richtet man sich in der Wissenschaft nicht offen und direkt gegen Jüdinnen und Juden. Aber man diskutiert und theoretisiert gegen globale Eliten und Netzwerke, gegen das Großkapital, gegen die Religion oder den Fanatismus und immer öfter gegen Israel. Vorgeblich objektiv und empirisch gesichert produziert Wissenschaft so nicht nur abstrakte Stichworte und Begründungszusammenhänge für Juden Hass, sie wird auch als scheinbar neutrale Kronzeugin für Israelkritik und versteckten Antisemitismus genutzt.“⁷

Die Effekte davon liegen auf der Hand: „Auf diesem Weg ziehen Halbwahrheiten und aktivistische Positionen in den Diskurs ein, deren Infragestellung als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit und als Ignorierung von Fakten diskreditiert werden kann. So ist zu erklären, dass oft und gerade da Antisemitisches erdacht, entsteht und begründet wird, wo man jeglichen Antisemitismus weit von sich weist – an der Hochschule.“⁸

Neu ist das alles nicht. Dass Antisemitismus sich als ehrbar darstellen kann, beobachtete der Shoah-Überlebende Jean Améry schon in den 1960er Jahren. In seinem berühmten Zeit-Artikel „Der ehrbare Antisemitismus“ schreibt er: „Fest steht: der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israëlismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist [...] ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt es 'Verbrecherstaat Israel'.“⁹ In dieser Form hat der Antisemitismus enormen Einfluss auf akademische Milieus.

Die israelische Historikerin Shulamit Volkov hat diese Zeit später in ihr Theorem des „Antisemitismus als kultureller Code“ integriert, das sie im Blick auf das Deutsche Kaiserreich so definiert: „Das Bekenntnis zum Antisemitismus wurde zu einem Signum kultureller Identität, der Zugehörigkeit zu einem spezifischen kulturellen Lager.“¹⁰ Übertragen auf die aktuelle Situation zeigt sich das zum Beispiel dort, wo antiisraelische Symbole wie das rote Dreieck in Mode übergehen und damit zum Merkmal der Zugehörigkeit zu einem politischen oder kulturellen Milieu werden. Das erleben wir gerade besonders stark in Bezug auf die Hochschulen. Antisemitismus im Gewand des Anti-Israëlismus kam seit dem 7. Oktober gerade hier verstärkt in Mode und führte zu einer Eskalation der Vorfälle mit Hochschulbezug.

Den Schaden hatten und haben Jüdinnen*Juden, die nicht mehr ohne Angst studieren können, die vorzeitig ins Auslandssemester wechseln oder ihre Identität verbergen. Das Lagebild #15 „In feindlicher Umgebung“ macht deren Perspektiven sichtbar und blickt auf eine untragbare Lage, mit der sich niemand abfinden darf.

Kernbeobachtungen

1 Seit dem 7. Oktober sind deutsche Hochschulen ein noch unsicherer Ort für Jüdinnen*Juden geworden.

Die Betroffenen berichten dabei von zahlreichen Vorfällen, die zu einem Dauerzustand aus Angst, Anspannung und Selbstzensur führen und einen Rückzug aus dem Studienalltag nahelegen.

2 Antisemitismus an Hochschulen zeigt sich offen und enthemmt.

Es geht dabei nicht nur um „israelkritische“ Sticker und Schmierereien, die sich im Ton vergreifen. Es geht um Einschüchterung und Schikane, um Drohungen und Gewalt.

3 Über die letzten drei Jahre wurde ein Klima geschaffen, in dem dieser grassierende Antisemitismus normalisiert wurde.

Antisraelische Akteur*innen nutzen den Campus als Ort der Mobilisierung und gestalten eine Hochschulpolitik, in der antisemitismuskritisches Engagement systematisch schikaniert und ausgegrenzt wird. Trotz medialem Aufsehen wird die Situation weiterhin von der Mehrheitsgesellschaft unterschätzt.

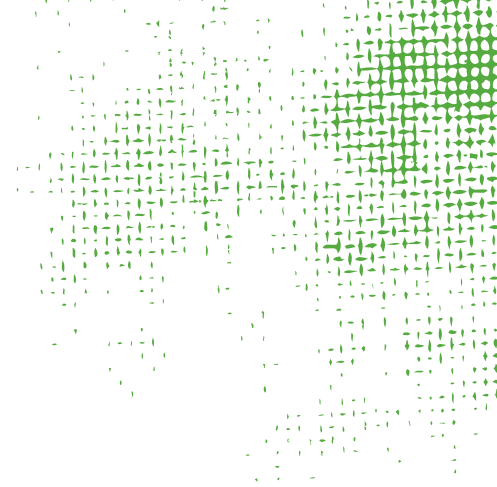
4 Betroffene begleitet das Gefühl, nicht ausreichend ernst genommen und geschützt zu werden.

Ausbleibende Reaktionen und Entsolidarisierung, unklare oder fehlende Zuständigkeiten sowie symbolische Maßnahmen erzeugen Vertrauensverluste und verfestigen das Problem.

5 Hochschulen reagieren oft nicht adäquat auf antisemitische Eskalationen.

Oft sind es die Betroffenen selbst, die auf antisemitische Vorfälle reagieren müssen, weil die Hochschulen überfordert oder unwillens sind. Jüdische Studierende ziehen sich aus universitären Räumen zurück, verbergen ihre Identität oder organisieren sich unter sich. Währenddessen bleiben institutionelle Konsequenzen gegenüber den Täter*innen häufig aus.

Unsere Forderungen



1 Verbindliche Schutzkonzepte gegen Antisemitismus an jeder Hochschule

Jede Hochschule muss ein verbindliches Schutzkonzept gegen Antisemitismus entwickeln und umsetzen. Es braucht klare Handlungsabläufe für antisemitische Vorfälle, transparente Zuständigkeiten sowie konsequente Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen und eine Orientierung an der IHRA-Arbeitsdefinition. Hochschulen dürfen nicht erst handeln, wenn etwas passiert ist. Diese Schutzkonzepte sollen in den Leitlinien oder der Hausordnung genannt werden.

2 Niedrigschwellige Meldemöglichkeiten für antisemitische Vorfälle

Jede Hochschule muss auf ihrer Website einen gut sichtbaren Meldebutton für antisemitische Vorfälle einrichten, der direkt auf die zuständige Meldestelle „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ verweist. Betroffene und Zeug*innen müssen unkompliziert Vorfälle melden und Unterstützung erhalten können.

3 Qualifizierte Antisemitismusbeauftragte an jeder Hochschule

Jede Hochschule braucht eine unabhängige Ansprechperson für Antisemitismus mit einem klaren Mandat. Sie müssen Kompetenzen wie andere Beauftragte haben. Antisemitismusbeauftragte müssen zudem verbindlich qualifiziert werden. Dabei sollen die Qualifizierungen in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Expert*innen und Organisationen erfolgen. Regelmäßige Fortbildungen müssen verpflichtend sein. Ihre Berufung darf keine Symbolpolitik sein. Sie müssen Betroffene kompetent beraten und Hochschulen wirksam unterstützen.

4 Jüdische und antisemitismuskritische Studierende nachhaltig stärken

Hochschulen müssen jüdische und antisemitismuskritische Hochschulgruppen finanziell und strukturell unterstützen. Wer sich gegen Antisemitismus engagiert, darf nicht isoliert oder behindert werden, sondern braucht Räume, Sichtbarkeit und verlässliche Förderung.

5 Antisemitismusprävention als verbindlichen Bestandteil der Hochschulkultur verankern

Antisemitismusprävention darf kein Randthema sein. Hochschulen müssen regelmäßig Fortbildungen, Sensibilisierungsangebote und Bildungsmaßnahmen für Lehrende, Beschäftigte und Studierende anbieten sowie klare Position gegen Antisemitismus beziehen.

Chronik antisemitischer Vorfälle an Hochschulen nach dem 7. Oktober Eine Auswahl

Seit 2002 dokumentiert die Amadeu Antonio Stiftung kontinuierlich antisemitische Vorfälle in Deutschland und veröffentlicht diese seit 2008 in der vorliegenden Chronik. Wir erfassen hierbei Vorfälle auf der Basis von Pressemeldungen sowie durch Informationen von Initiativen und Projekten. Die Chronik hat das Ziel, die Frage „Was ist Antisemitismus?“ ganz praktisch anhand von Beispielen zu beantworten, indem die Alltäglichkeit vielfältiger Formen des Antisemitismus sichtbar gemacht wird. In diesem Lagebild zeigen wir eine Auswahl von Vorfällen mit Bezug zur Hochschule. Die Vorfälle wurden im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis Juni 2026 dokumentiert.



www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik

31.10.2023, Halle (Saale) (ST)

Ein Gastprofessor des Max-Planck-Instituts verbreitet antisemitische Äußerungen via Social Media.

„Juden werden nicht geschützt“

Interview mit Julia Bernstein
(Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender)

Das Interview wurde am 19. Mai 2026 geführt.

Die Lage jüdischer Hochschullehrender an deutschen Universitäten, wie würden Sie sie heute beschreiben?

Julia Bernstein: Die Grundverunsicherung, die unmittelbar nach dem 7. Oktober entstand, nimmt zu. Sie geht nicht weg, und die Situation verbessert sich nicht – eher im Gegenteil. Das ist kein Paranoia-Phänomen, keine übertriebene Kränkung. Es liegt daran, dass an sehr vielen Hochschulen immer wieder Zeichen gesetzt werden, die eines klarstellen: Juden sind im universitären Raum nicht geschützt. Wenn sie angegriffen werden – körperlich oder verbal, egal ob codiert oder offen – folgen in den meisten Fällen keine Konsequenzen für die Täter*innen. Antisemitische Äußerungen, manchmal auch Vernichtungsfantasien, werden oft in einer Form gesendet, die unter der Strafbarkeitsgrenze bleibt, gegen die man aber trotzdem etwas tun muss. Das nichts getan wird, schafft einen tiefen Vertrauensbruch gegenüber der Institution, der man eigentlich zugehören möchte.



Julia Bernstein

Die Lage für jüdische Hochschulangehörige ist seit dem 7. Oktober katastrophal. Um der Vereinzelung etwas entgegenzusetzen und sich politisch Gehör zu verschaffen, hat die Frankfurter Professorin Julia Bernstein im Herbst 2023 das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender gegründet.

31.10.2023, Lübeck (SH)

Am Eingang der Uni-Mensa wird eine antisemitische Schmiererei gesprüht.

02.02.2024, Berlin

Ein jüdischer Studierender wird von einem Kommilitonen in einer Bar erkannt, daraufhin verfolgt und zusammengeschlagen.

Was bedeutet das konkret für den Arbeitsalltag?

Dass ein normaler Arbeitsalltag für viele schlicht nicht möglich ist. Sie beschäftigen sich permanent mit diesen Themen – unabhängig davon, welches Fach sie unterrichten. Wir haben Mitglieder in unserem Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender, deren Lehraufträge nicht verlängert wurden. Andere wurden gebeten, das Wort „Jude“ oder „Israel“ aus dem Titel ihrer Lehrveranstaltung zu streichen. Teilweise wurden Lehrende gebeten, ganze Veranstaltungen abzusagen. Manche haben gekündigt, direkt wegen Antisemitismus, weil Situationen so eskalierten, dass es keinen anderen Ausweg gab. Einige sind an andere Universitäten gewechselt, weil die Dynamik Mobbing-Charakter angenommen hat. Und es gibt auch Menschen, die ausgewandert sind oder ihre Kinder nach Israel oder ins Ausland geschickt haben. Ein paar haben offene Morddrohungen erhalten.

Wenn man die Medien verfolgt, könnte man den Eindruck gewinnen, die Lage habe sich beruhigt – keine Palästina-Camps mehr, keine wöchentlichen Besetzungen. Sie sagen, es ist trotzdem nicht besser geworden. Woran liegt das?

Es ist überhaupt nicht besser geworden – eher schlechter, weil Antisemitismus, insbesondere israelbezogener Antisemitismus sich auf dem Campus vollständig normalisiert hat. Niemand regt sich mehr auf, wenn an einem Stand gelogen und behauptet wird, Israel betreibe Organ-Raub. Diese Stände bleiben ungestört stehen, Aktivisten reden unkommentiert ins Mikrofon. Erstsemester werden direkt in dieses Klima hineinsozialisiert. Ganz anders sieht es auf der anderen Seite aus: Wenn jüdische oder pro-jüdische Akteure das Präsidium bitten, sich zum Jahrestag des 7. Oktober klar zu positionieren, kommt entweder eine völlig abstrakte Erklärung – „wir sind gegen Rassismus, gegen Diskriminierung“ – oder man sagt, man sei keine politische Organisation.

28.02.2024, Kassel (HE)

An einer Unterführung, die zur Universität führt, werden antisemitische und verschwörungsideologische Schmierereien gefunden.

25.03.2024, Konstanz (BW)

Die Wände eines Universitätsgebäudes werden mit antiisraelischen, verbotenen Parolen und antisemitischen Parolen aus der NS-Zeit beschmiert.

Das ist aber eine sehr selektive Zurückhaltung, oder?

Absolut. Gegen die AfD demonstrieren, für Gender-Sternchen Tausende Unterschriften sammeln, bei antimuslimischem Rassismus sofort reagieren – das alles ist möglich und richtig und passiert. Nur wenn es um Juden geht, möchte man keine Seite einnehmen. Und das hat sich seit dem 8. Oktober nicht geändert, es hat sich verschlechtert. Ich hatte ein Treffen mit mehreren Hochschulleitungen, als Vorsitzende unseres Netzwerks. Wir haben eine Liste von Forderungen vorgestellt – eigentlich Basics, wie etwa Vernichtungssymbolik klar zu verurteilen. Die Reaktion war: „Wir können bei allem mitgehen außer bei einem Punkt: Boykott“. Auf einmal war man sich nicht mehr sicher, ob es nicht doch legitim sei, israelische Universitäten zu boykottieren. Das wäre vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen.

Es gibt ja zwei Diskurse, hinter denen sich Universitäten oft verschanzen: Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit. Ist das Ablenkung?

Die juristische Position ist eindeutig: Menschenwürde steht über Meinungsfreiheit – und Menschenwürde schließt Juden konkret mit ein. Stellen Sie sich vor, eine Universität würde erklären: „Wir können Frauen auf unserem Campus keine Sicherheit gewährleisten.“ Das wäre ein Skandal. Juden gegenüber wird dieser Satz mit ruhiger Stimme regelmäßig gesagt. Zudem bekommt man halbherzige Vorschläge wie: „Wir kommen zu Ihrer Veranstaltung, wenn Sie sich unsicher fühlen.“ Keine klaren Grenzen, keine Definition, ab welchem Punkt das Hausrecht greift. Das alles wird der Willkür der einzelnen Lehrperson überlassen.

Haben Sie hierfür ein Beispiel?

Ein Mitglied unseres Netzwerks trägt einen Davidstern an einer Kette. Sie wollte in die Mensa. Aktivist*innen vor der Tür haben die Kette gesehen, sie aufgehalten und zur Rede gestellt – was sie da trage, wie sie zu Israel stehe. Sie ist Lehrende an dieser Universität. Am Ende ist sie nicht in die Mensa gegangen, sondern in ihr Büro. An ihrer eigenen Hochschule. Das ist der Alltag, über den wir reden.

30.04.2024, Oldenburg (NI)

AStA-Mitglieder sammeln antisemitische Flyer ein und werden daraufhin beleidigt und körperlich angegangen.

13.05.2024, München (BY)

Vor dem Hauptgebäude der Ludwig-Maximilians-Universität werden antiisraelische Protestcamps veranstaltet und antisemitische Parolen verbreitet.

Warum haben Universitätsleitungen eigentlich so große Angst, sich zu positionieren? Liegt das an den Studierenden, an eigenen Einstellungen – oder steckt da auch ein struktureller Antisemitismus dahinter?

Beides. Die pro-palästinensischen Aktivisten sind laut, störend, und die Leitungen möchten keinen Medienskandal riskieren. Man versucht, alle zu schützen – auch die Aktivist*innen als Studierende –, und toleriert dabei Dinge, die man in keiner Weise tolerieren müsste. Zum Beispiel: Warum darf jemand verumumt und anonym auf dem Campus agieren? Das ist eine Frage, die man sich stellen muss.

Aber es steckt auch etwas Tieferes dahinter. Das Selbstbild der deutschen akademischen Elite: Man glaubt, Antisemitismus fange erst mit NPD oder Vernichtungsrhetorik an. Man schmückt sich fast damit, sagen zu können, die eigenen Großeltern seien Nazis gewesen – als Zeichen von Aufgeklärtheit. Gleichzeitig merkt man nicht, dass man sich im Namen von Gerechtigkeit gegen Juden positioniert. Man redet abstrakt über Gaza und tut konkret nichts dafür, dass Juden auf dem eigenen Campus geschützt werden.

Auch Menschen, die sich ihr Leben lang mit NS-Erbe, transgenerationaler Trauma-Weitergabe und Abwehrmechanismen beschäftigt haben, haben sich nach dem 7. Oktober geweigert, eine klare Position zu beziehen. Und sehr häufig war es bei genau diesen Menschen unmöglich, über Antisemitismus zu sprechen, ohne sofort parallel über antimuslimischen Rassismus sprechen zu müssen. Das zeigt, dass Holocaust Education gegen gegenwärtige Formen des Antisemitismus strukturell nicht immunisiert hat.

Kommen wir zum Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender. Wann und warum wurde es gegründet?

Unmittelbar nach dem 7. Oktober, etwa im November 2023. Wir – ursprünglich meine Kollegin und ich, zusammen mit ein paar weiteren Menschen – haben versucht, jüdische Professorinnen und Professoren, die man so kannte, zu einem ersten Treffen einzuladen. Was dann passierte, hat uns selbst überrascht: Es explodierte. Einer sagte es dem anderen, innerhalb weniger Monate waren wir schon 80 Personen.

22.05.2024, Berlin

Während der Besetzung der Humboldt-Universität werden islamistische und antisemitische Parolen gerufen und Wände damit beschmiert.

23.05.2024, Frankfurt am Main (HE)

Bei einem antiisraelischen Protestcamp an der Goethe-Universität wird Israel auf einem Plakat das Existenzrecht abgesprochen.

Was war das Ziel?

Zunächst gegenseitige Unterstützung, alle standen unter Schock. Parallel dazu haben wir uns sofort jüdischen Studierenden verpflichtet gefühlt, die komplett allein gelassen wurden. Wir haben sogenannte jüdische Vertrauensdozierende etabliert, Ansprechpersonen innerhalb der eigenen Hochschule, die vermitteln zwischen Institution und jüdischen Studierenden.

Wie groß ist das Netzwerk heute?

Wir sind ein Netzwerk von etwa 200 Menschen. Dazu kommt ein formeller Verein mit über 100 Mitgliedern, der in seiner Satzung auch das Existenzrecht Israels verankert hat, und ein Unterstützungskreis mit über 250 Personen – darunter viele nicht-jüdische Hochschullehrende, die sich engagieren wollen. Der Vorstand kommt aus ganz unterschiedlichen Fachbereichen und von verschiedenen Hintergründen, religiös wie nicht-religiös. Auch Lehrpersonen, die sich verpflichtet fühlen, sich in diesem Bereich zu engagieren, zählen zu unseren Mitgliedern.

Was unternimmt das Netzwerk konkret?

Wir begleiten und unterstützen bei Vorfällen – in offenen Briefen, Gesprächen mit Unileitungen, auch medial. Wir haben Handreichungen entwickelt, Vortragsreihen aufgebaut, Workshops organisiert. Wir haben ein Projekt gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz, das Antisemitismusbeauftragte an Universitäten professionalisiert. Viele wurden von heute auf morgen in diese Rolle gedrängt, ohne jegliche Qualifikation. Und wir haben in konkreten Fällen Erfolge erzielt: an der Universität Bochum beispielsweise, wo in der Arabistik Lehrmaterial verwendet wurde, in dem Israel schlicht nicht vorkam – nur Palästina. Wir haben das öffentlich gemacht, und es wurde reagiert.

Sie hatten auch in Berlin schon Erfolg.

Ja, wir haben gemeinsam mit fünf weiteren jüdischen Organisationen einen Brief an die Berliner Senatorin gerichtet im Fall Lahav Shapira. Denn es gibt eine eklante Lücke: Eine betroffene Person kann nicht selbst gegen die Universität klagen. Das muss die zuständige Behörde tun, und die tut es nicht. Unser Brief hat viel Resonanz bekommen, selbst in der Neuen Juristischen Wochenschrift ist durch einen Professor der Uni Wien eine nahezu identische Position vertreten worden. Das ist ein gutes Zeichen.

09.06.2024, Düsseldorf (NW)

Während eines antiisraelischen Protestcamps an der Heinrich-Heine-Universität werden Hamas-verherrlichende Symbole gezeigt. Eine Person mit Israelflagge wird eingeschüchert.

10.06.2024, Berlin

An die Fassade der Humboldt-Universität werden die auf dem Kopf stehenden, roten Hamas-Dreiecke geschmiert.

Sie beschreiben eine Lage, die sich verschlechtert. Gleichzeitig kämpfen Sie weiter. Was treibt Sie an?

Ich fühle mich den Akademikerinnen und Akademikern in unserem Netzwerk verpflichtet. Diese Gruppe fühlt sich vollständig allein gelassen, und es gibt kaum Stimmen, die sie so vertreten, dass sie sich darin wiedererkennen. Und ich weiß: Es scheitert nicht an fehlenden Gesetzen, nicht an fehlendem Geld. Es scheitert am fehlenden Willen. Es kostet nichts, sich öffentlich gegen eine konkrete Ungerechtigkeit zu positionieren. Diese Kultur des Schweigens und Vermeidens macht das Problem schlimmer – und sie bricht erst unter medialem Druck auf. Das ist mühsam, aber es trägt Früchte.

Gibt es eine Situation, die Sie zuletzt sprachlos machte?

Ich hatte neulich einen Vortrag vor katholischen Lehrkräften. Zu Beginn fragte ich, was sie beschäftigt. Die Antwort war sofort: Israel, Gaza – und wie man darüber sprechen kann, ohne in die Antisemitismus-Falle zu tappen. Wir haben lange geredet, sehr offen. Am Ende habe ich wieder gefragt, was geblieben ist. Da meldete sich jemand und fragte – mit Zustimmung der ganzen Gruppe: „Können Sie erklären, warum es uns so schwerfällt, Juden gegenüber Empathie zu zeigen? Gibt es wissenschaftliche Erklärungen dafür?“

Ich war kurz fassungslos. Dann dachte ich: Vielleicht würde sich diese Frage gar nicht stellen, wenn man Juden nicht so exotisieren würde. Wenn man sie einfach als Menschen sehen würde, wie sich selbst. Das ist eigentlich Ihr eigenes Gebot: die Liebe zum Nächsten. Und die Frage lautet: Warum gilt das für Juden nicht?

12.06.2024, Bonn (NW)

Zwei Hörsäle der Universität werden von antiisraelischen Akteuren besetzt, außerdem wird ein großes rotes Hamas-Dreieck aus den Fenstern gehängt.

13.06.2024, Berlin

Das Gebäude der Universität der Künste wird mit antisemitischen Stickern und Flugblättern beklebt.

Erfahrungen jüdischer Studierender in Deutschland

Ergebnisse einer globalen ADL-WJUS-Umfrage mit Fokus auf Deutschland

Beitrag von Dr. Ayal Feinberg und Dr. Aykan Erdemir

Das ist eine von der Amadeu Antonio Stiftung übersetzte und gekürzte Fassung eines exklusiv für dieses Lagebild geschriebenen Artikels der Anti-Defamation League (ADL), der auf einer gemeinsamen Studie mit der World Union of Jewish Students (WUJS) beruht. Das englische Original findet sich unter www.aktionswochen-gegen-antisemitismus.de.



Zentrale Erkenntnis: Deutschland entspricht den in der ADL-WUJS-Umfrage ermittelten allgemeinen europäischen und weltweiten Mustern und übertrifft diese in einigen Bereichen sogar. Jüdische Studierende in Deutschland berichten von einem besonders hohen Ausmaß der Verheimlichung ihrer Identität, von einem ausgeprägten Bewusstsein für Bedrohungen und Angriffen sowie von erhöhten Schwierigkeiten bei der Rücksichtnahme auf religiöse Belange wie zum Beispiel hohe Feiertage.

Zusammenfassung

Dieser Bericht bietet eine deutschlandbezogene Auswertung der globalen ADL-WUJS-Umfrage zu den Erfahrungen jüdischer Studierender an Universitäten. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die 205 Befragten, die angaben, an einer Hochschule in Deutschland zu studieren. Ihre Antworten werden, wo es relevant schien, in einen vergleichenden Kontext mit Europa und der weltweiten Stichprobe der Umfrage eingeordnet.

Die deutschen Daten verweisen auf ein Hochschulklima, in dem jüdische Studierende regelmäßig versuchen, Risiken durch Selbstzensur zu minimieren. Während die globalen Ergebnisse bereits zeigen, dass das Verbergen der eigenen Identität unter jüdischen Studierenden weltweit weit verbreitet ist, erscheint die Situation in Deutschland noch zugespitzter: 85 % der

deutschen Befragten gaben an, ihre jüdische Identität mindestens einmal verborgen zu haben. 89 % berichteten, ihre zionistische Identität im letzten Jahr mindestens einmal verborgen zu haben. Diese Werte liegen sowohl über den europäischen als auch über den weltweiten Vergleichswerten.

Deutschland fügt sich zudem nahtlos in das allgemeine europäische Muster gemeldeter Bedrohungen, Angriffe und Ungleichbehandlung durch Mitstudierende. Deutsche Befragte berichteten nicht seltener als ihre europäischen Kommiliton*innen, jüdische Studierende zu kennen, die körperlich bedroht worden waren. Die Daten legen außerdem nahe, dass antiisraelische Feindseligkeit nicht nur rhetorisch oder symbolisch zum Ausdruck kommt. Ein erheblicher Anteil der befragten Studierenden in Deutschland gab an, Kommiliton*innen zu kennen, die in einem antiisraelischen Kontext körperlich bedroht oder angegriffen worden waren.

Schließlich spiegelt Deutschland eine der deutlichsten europaspezifischen Herausforderungen der Umfrage wider: die Berücksichtigung religiöser Bedürfnisse. Fast die Hälfte der befragten jüdischen Studierenden in Deutschland, die akademische Rücksichtnahmen im Zusammenhang mit ihrer jüdischen Identität beantragt hatten, berichteten, dass diese abgelehnt oder nur gelegentlich gewährt wurden. Damit liegt Deutschland leicht über der ohnehin bereits erhöhten europäischen Rate und deutlich über dem weltweiten Durchschnitt.

13.06.2024, Berlin

Die Fassade der Humboldt-Universität wird mit roten Hamas-Dreiecken beschmiert. Darüber steht eine Drohung an den Berliner Bürgermeister und der Name der Universitätspräsidentin.

14.06.2024, Berlin

An der Freien Universität werden Flugblätter verteilt, auf denen Israel dämonisiert wird.

Methodischer Hinweis

Die ADL-WUJS-Umfrage wurde während des akademischen Jahres 2024–2025 durchgeführt. Insgesamt wurden 1.727 Antworten im Zeitraum vom 28. Juli 2024 bis zum 20. Juni 2025 gesammelt. Die Online-Umfrage wurde über Qualtrics durchgeführt und über die World Union of Jewish Students (WUJS) mithilfe eines Schneeballverfahrens an jüdische Studierende und Doktoranden verteilt.

1 Das Verbergen der eigenen Identität ist in Deutschland besonders stark ausgeprägt

In der globalen Studie der ADL-WUJS gaben 78 % der befragten jüdischen Studierenden weltweit an, ihre jüdische Identität mindestens einmal verborgen zu haben; 81 % berichteten, ihre zionistische Identität mindestens einmal verborgen zu haben. In Deutschland liegen diese Werte höher.

Jüdische Studierende in Deutschland scheinen einem besonders starken Druck ausgesetzt zu sein, wenn es darum geht, ihre Identität öffentlich zu zeigen. Während Selbstzensur weltweit weit verbreitet ist, berichteten die deutschen Befragten häufiger als jüdische Studierende weltweit, sowohl ihre jüdische als auch ihre zionistische Identität gegenüber anderen an ihrer Hochschule verborgen zu haben.



Jüdische Identität mindestens einmal verborgen

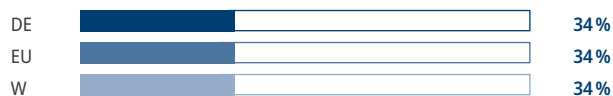


Zionistische Identität mindestens einmal verborgen

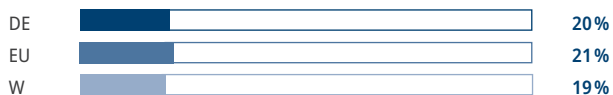


Quelle: ADL Studie, 2025

Kennt jüdische Kommiliton*innen, die körperlich bedroht wurden



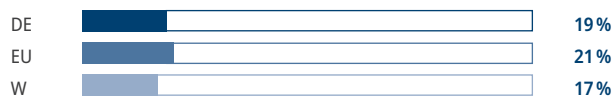
Kennt jüdische Kommiliton*innen, die körperlich angegriffen wurden



Kennt Kommiliton*innen, die in einem antiisraelischen Kontext bedroht wurden



Kennt Kommiliton*innen, die in einem antiisraelischen Kontext angegriffen wurden



Quelle: ADL Studie, 2025

2 Deutschland spiegelt das europäische Bedrohungsmuster wider, mit erhöhten antiisraelisch motivierten Bedrohungen im Vergleich zum weltweiten Ausgangswert

Weltweit gaben laut ADL-WUJS 34 % der befragten jüdischen Studierenden an, jüdische Kommiliton*innen zu kennen, die körperlich bedroht worden waren, und 19 % gaben an, jüdische Kommiliton*innen zu kennen, die im vergangenen Jahr auf dem Campus körperlich angegriffen worden waren. Deutschland entspricht diesem globalen Muster bei antiisraelischen Bedrohungen und Angriffen nahezu exakt.

Deutlicher sticht Deutschland bei antiisraelisch motivierten Bedrohungen und Angriffen hervor. In Deutschland berichteten 35 % der Befragten, Kommiliton*innen zu kennen, die im Zusammenhang mit antiisraelischer Feindseligkeit körperlich bedroht wurden, verglichen mit 31 % weltweit. Ebenso gaben 19 % der Befragten in Deutschland an, Kommiliton*innen zu kennen, die in diesem Kontext körperlich angegriffen wurden, verglichen mit 17 % weltweit.

14.06.2024, Berlin

Auf einem Banner, das vom Dach eines Gebäudes der Freien Universität entrollt wird, werden Mitarbeitende der Universität bedroht. Außerdem ist auf dem Banner das rote Hamas-Dreieck zu sehen.

21.06.2024, Fulda (HE)

An der Hochschule Fulda sprechen Aktivist*innen der „Students for Palestine“ Israel durch Plakate und Redebeiträge das Existenzrecht ab.

Die deutschen Daten legen nahe, dass antiisraelische Feindseligkeit nicht nur rhetorisch oder symbolisch ist. Ein erheblicher Anteil der Befragten gibt an, von Bedrohungen und Angriffen auf Gleichaltrige zu wissen, die sich als jüdisch oder israelisch identifizieren.

3 In Deutschland werden religiöse Sonderregelungen häufiger abgelehnt als in Europa insgesamt, und die Ablehnungsquote liegt weit über dem weltweiten Durchschnitt

Religiöse Ausnahmeregelungen wurden abgelehnt oder nur manchmal gewährt



Quelle: ADL Studie, 2025

In der Studie der ADL-WUJS wird betont, dass Europa weltweit die höchste Quote an abgelehnten Anträgen auf Rücksichtnahme auf religiöse Belange aufweist¹¹: 44 % der Studierenden, die Ausnahmen beantragt hatten, berichteten, dass diese abgelehnt oder nur manchmal gewährt wurden – verglichen mit 20 % im Rest der Welt. Deutschland liegt sogar leicht über dem europäischen Durchschnitt.

Deutschland spiegelt eine der deutlichsten europaspezifischen Herausforderungen der Umfrage wider: die Berücksichtigung religiöser Belange. Fast die Hälfte der jüdischen Studierenden in Deutschland, die akademische Ausnahmeregelungen im Zusammenhang mit ihrer jüdischen Identität beantragt hatten, berichtete, dass diese abgelehnt oder nur uneinheitlich gewährt wurden. Damit liegt Deutschland leicht über der ohnehin bereits erhöhten europäischen Rate und deutlich über dem weltweiten Durchschnitt.

4 Ungleichbehandlung wird häufiger durch Mitstudierende erlebt, aber auch Hochschulmitarbeitende spielen eine Rolle

Die globale ADL-WUJS-Studie berichtet, dass jüdische Studierende deutlich häufiger Ungleichbehandlung durch Kommiliton*innen erfahren als durch Professor*innen, Verwaltungsmitarbeitende oder sonstiges Hochschulpersonal. Deutschland folgt nahezu exakt demselben Muster.

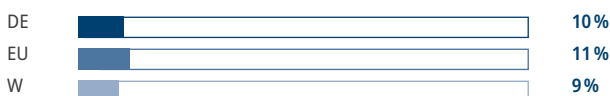
Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Interaktionen unter Gleichaltrigen der häufigste Kontext sind, in dem jüdische Studierende eine Ungleichbehandlung erfahren. Gleichzeitig gibt die Tatsache, dass jeder zehnte deutsche Befragte von einer Ungleichbehandlung durch Professor*innen, Verwaltungsangestellte oder Mitarbeiter*innen berichtete, weiterhin Anlass zu großer Sorge. Da Hochschulmitarbeiter Autoritätspositionen in Bezug auf die akademischen Erfahrungen der Studierenden, den Zugang zu Ressourcen und das Campusleben innehaben, kann eine Ungleichbehandlung durch diese Akteure besonders schwerwiegende Folgen haben. Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass sowohl das allgemeine soziale Klima unter den Studierenden als auch die Rolle institutioneller Akteure bei der Gestaltung der Erfahrungen jüdischer Studierenden auf dem Campus berücksichtigt werden müssen.

Häufige Ungleichbehandlung durch Studierende



Quelle: ADL Studie, 2025

Häufige Ungleichbehandlung durch Professor*innen/Verwaltung/Personal



Quelle: ADL Studie, 2025

22.06.2024, Mainz (RP)

Durch Aktivist*innen von „Students for Palestine“ werden am Campus der Johannes Gutenberg-Universität Broschüren verkauft, die terrorverherrlichende und antizionistische Beiträge beinhalten.

26.06.2024, Hamburg

Eine jüdische Rednerin wird bei einer Vorlesung zum Thema „Judenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antizionismus“ bedroht.

5 Das problematische studentische Klima in Deutschland verbindet ein hohes Maß an Selbstzensur mit normalisiertem Druck durch Mitstudierende

Die deutschen Ergebnisse sind besonders bemerkenswert, wenn die Verbergung der Identität und der Umgang durch Gleichaltrige zusammen gelesen werden. 85 % der deutschen Befragten verbargen ihre jüdische Identität, 89 % ihre zionistische Identität, und 30 % berichteten von häufiger Ungleichbehandlung durch Mitstudierende. Das legt nahe, dass Verbergung nicht bloß eine proaktive Vorsichtsmaßnahme ist; sie spiegelt wahrscheinlich die erlebten Erwartungen der Studierenden darüber wider, wie Gleichaltrige auf eine sichtbare jüdische oder zionistische Identifizierung reagieren werden.

Die Herausforderung für das Hochschulklima in Deutschland beschränkt sich nicht auf einzelne Vorfälle. Die Daten weisen vielmehr auf eine breitere Atmosphäre hin, in der viele jüdische Studierende Risiken dadurch zu steuern versuchen, dass sie öffentliche Ausdrucksformen jüdischer oder zionistischer Identität einschränken. Diese Selbstzensur geht einher mit zahlreichen Berichten über eine unterschiedliche Behandlung durch Mitstudierende, was darauf hindeutet, dass die Maßnahmen der Hochschulen nicht nur formelle Beschwerdeverfahren umfassen, sondern auch die sozialen Normen unter den Studierenden thematisieren müssen; zudem sollten Umfragen zum Campusklima durchgeführt werden, um die Erfahrungen der Studierenden über die formellen Beschwerden hinaus besser zu verstehen.

Implikationen für deutsche Hochschulen und Community-Partner

Die Ergebnisse für Deutschland verweisen auf eine doppelte Herausforderung. Jüdische Studierende bewegen sich in studentischen Umfeldern, die Selbstzensur begünstigen, und erleben zugleich institutionelle Inkonsistenzen im Umgang mit religiösen Belangen. Eine erfolgreiche Reaktion sollte daher Maßnahmen zur Verbesserung des Campusklimas mit administrativen Reformen verbinden.

Erstens sollten Universitäten antisemitische Vorfälle unter Studierenden als zentrales Problem des Hochschulklimas behandeln. Das sichtbarste Problem in den Daten ist nicht nur formale institutionelle Diskriminierung, sondern auch das soziale Umfeld, das durch andere Studierende entsteht. Peer-Education, Zivilcourage-Trainings, Programme für studentische Führungskräfte und klare Konsequenzen bei Belästigung sollten Teil jeder wirksamen Reaktion sein.

Zweitens sollten Universitäten Verfahren zur Rücksichtnahme auf religiöse Belange klar benennen und öffentlich machen. Die deutschen Befunde zum Thema Nachteilsausgleich bzw. religiöse Rücksichtnahme deuten auf die Notwendigkeit transparenter Regelungen, proaktiver Kommunikation über jüdische Feiertage und einer konsistenten Umsetzung in allen Fachbereichen und durch alle Lehrenden hin.

Drittens sollten Hochschulleitungen regelmäßig Erhebungen zum Campusklima in Zusammenarbeit mit jüdischen Studierendenorganisationen durchführen, wie zum Beispiel die ADL-Gratz-Umfrage zum Campusklima. Die ADL-WUJS-Ergebnisse bieten dafür einen wichtigen Ausgangspunkt, doch lokale Anschlussuntersuchungen können Institutionen dabei helfen, zu erkennen, wo der Druck am stärksten ist und ob Maßnahmen das Sicherheitsgefühl, die Zugehörigkeit und die volle Teilhabe jüdischer Studierender am Campusleben verbessern.

Quellenhinweise

ADL und WUJS, Global Survey of Jewish University Student Experiences, September 2025. <https://www.adl.org/sites/default/files/pdfs/2025-09/ADL-WUJS-Survey-Slide%3DDeck.pdf>

„ADL-Gratz-Umfrage zum Campusklima“ ADL, November 13, 2024. <https://notoleranceforantisemitism.adl.org/resources/tools-and-strategies/adl-gratz-model-campus-climate-survey>

„78 % of Jewish Students Hide Their Religious Identity on Campuses Worldwide, ADL-WUJS Study Reveals“, ADL, 16. September 2025. <https://www.adl.org/resources/press-release/78-jewish-students-hide-their-religious-identity-campuses-worldwide-adl>

28.06.2024, Heidelberg (BW)

Bei einem universitären Sommerfest kommt es zu antiisraelischen Störprotesten.

11.07.2024, Düsseldorf (NW)

In mehreren Räumen der Heinrich-Heine-Universität werden holocaustrelativierende und nationalsozialistische Schmierereien entdeckt.

„Dass jüdische Menschen in Deutschland nicht frei studieren können, ist eine schreiende Ungerechtigkeit“

Interview mit Ron Dekel (JSUD)

Das Interview wurde am 27. Mai 2026 geführt.

Wie erleben jüdische Studierende die Situation an deutschen Hochschulen seit dem 7. Oktober?

Dramatisch. Es ist weiterhin nicht möglich an deutschen Universitäten zu studieren, ohne Antisemitismus zu erfahren. Viele Menschen haben seit dem Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas den Eindruck, dass damit auch der Antisemitismus an Hochschulen zurückgegangen sei. Das ist aber nicht der Fall. Die antisemitischen Veranstaltungen an Universitäten sind geblieben, ebenso die Protestcamps und Schmierereien. Man muss teilweise an Camps vorbeigehen, um überhaupt in die Universität zu kommen. Auf Toiletten oder an Hausfassaden stehen antisemitische Parolen und Mordaufrufe.

Hat sich nichts verändert?

Doch, die Offenheit des Hasses. Am Anfang war vieles stärker codiert, der Judentumhass versteckte sich in Form von israelbezogenem Antisemitismus oder Antizionismus. Mittlerweile fällt diese Codierung zunehmend weg. Statt indirekter Formulierungen liest man direkte Gewaltaufrufe gegen Juden. Dazu kommt eine neue Sichtbarkeit klassischer antisemitischer Narrative – etwa talmudischer Antisemitismus oder Verschwörungserzählungen. Talmudstellen werden absichtlich verzerrt interpretiert, Begriffe wie „Goy“ antisemitisch aufgeladen.

C. Elias Keilhauer



Ron Dekel

Für jüdische Studierende hat sich der Alltag an Universitäten und Hochschulen stark verändert. Seit dem 7. Oktober 2023 ist eine Zäsur zu spüren, Antisemitismus ist omnipräsent. Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sprachen mit Ron Dekel, dem Vorstand der jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) über die Entwicklungen von Antisemitismus an Hochschulen in Deutschland, über Erfahrungen von jüdischen Studierenden und den Forderungskatalog der JSUD, welcher klar formuliert, was sich verändern muss.

Wie wirkt sich das konkret auf den Studienalltag aus?

Es betrifft den gesamten Alltag. Von den Schmierereien geht man direkt in Vorlesungen oder Seminare, in denen mit aller Gewalt versucht wird, jede Theorie auf den Nahen Osten zu beziehen, um Israel zu dämonisieren oder zu delegitimieren.

Jüdischen Studierenden wurde das Privileg genommen, an der Universität abschalten zu können. Während andere die letzte EM entspannt in der Vorlesung verfolgen, leben jüdische Studierende in permanenter Anspannung: stets darauf gefasst, wo der nächste antisemitische Vorfall sie treffen könnte.

Viele verstecken ihre jüdische Identität. Davidsterne werden verborgen getragen. Seminare werden danach ausgewählt, wo man sich sicher fühlt. Manche Fakultäten meiden jüdische Studierende komplett. Es gibt Fakultäten an großen deutschen Universitäten, die faktisch „judenrein“ geworden sind, nicht, weil alle ihren Abschluss gemacht hätten, sondern weil sie gesagt haben: „Ich kann hier nicht weiter studieren.“ Immer mehr jüdische Studierende entscheiden sich gegen ein Studium in Deutschland oder gehen ins Ausland.

Das hört sich so an, als ob sich die Situation seit dem 7. Oktober gar nicht mehr verbessert hat?

Ich würde sogar sagen: Sie hat sich verschlimmert. Sicher, die Berichte darüber werden weniger, was auch am Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas liegt. Die Mehrheitsgesellschaft ist so auf diesen Konflikt fokussiert, dass sie den Antisemitismus in Deutschland außer acht lässt. Dabei ist klar zu erkennen, dass der Antisemitismus, der heute herrscht, ein Gelegenheitsantisemitismus ist. Der 7. Oktober wurde zum Anlass genommen, um Antisemitismus zu verbreiten. In einem Ausmaß, das so vorher nicht möglich gewesen wäre. Das zeigt sich doch zum Beispiel daran, dass die antisemitischen Vorfälle an dem Tag ansteigen, noch bevor der Gazakrieg begann.

Heute ist vieles sagbar geworden, was früher zumindest noch umschrieben wurde. Aus „Zionisten“ wurde mittlerweile „Juden“. Begriffe wie „Intifada“ sind inzwischen vollkommen normalisiert. Die roten Dreiecke sieht man überall. Diese Enthemmung geht mit einem massiven Gewöhnungseffekt einher: sowohl gesellschaftlich als auch innerhalb der jüdischen Community. Viele Vorfälle werden heute gar nicht mehr berichtet, obwohl sie früher große Aufmerksamkeit bekommen hätten. Das unterstreicht diese Normalisierung.

11.07.2024, Freiburg im Breisgau (BW)

Auf dem Universitätsgelände werden antisemitische Schmierereien angebracht und bei einem Protestcamp Hamas-verherrlichende Parolen geäußert.

17.07.2024, Frankfurt am Main (HE)

Während einer antiisraelischen Versammlung an der Goethe-Universität wird ein zufällig vorbeiradelnder Jude aufgrund seines Gebetsmantels des Kindesmords bezichtigt und als Zionist beschimpft.

Kommt es auch zu Gewalt?

Ja, absolut. Ich glaube sogar, dass es mehr Gewaltvorfälle gibt, die aber oft nicht öffentlich werden. Wir haben als JSUD eine Umfrage unter 100 Studierenden gestartet und dabei wurde uns von Vorfällen berichtet, die bislang sonst nirgends auftauchen. Menschen wurden beleidigt, bedroht oder körperlich angegriffen. Die geschilderten antisemitischen Fälle waren teils extrem. Einer Person wurde gesagt: „Aus euren Haaren haben wir damals Teppiche gemacht.“ Eine andere Person wurde gewürgt. Viele dieser Vorfälle sind nie öffentlich geworden. Viele Betroffene machen ihre Erfahrungen nicht öffentlich, weil sie Angst haben, dass die Situation dadurch noch schlimmer wird. Die Dunkelziffer dürfte also hoch sein.

Ihr habt euch im vergangenen Herbst mit einem Forderungskatalog an die Öffentlichkeit gewandt.

Wir hatten das Gefühl, dass Universitäten auch zwei Jahre nach dem 7. Oktober planlos waren oder antisemitische Vorfälle bewusst unter den Teppich gekehrt haben, um negative Berichterstattung zu vermeiden. Deshalb haben wir jüdische Studierende befragt und einen Forderungskatalog mit dem Titel „Wissenschaftsfreiheit verteidigen heißt Antisemitismus bekämpfen“ veröffentlicht. Wir wollten wissen, wie es jüdischen Studierenden an deutschen Hochschulen geht. Besonders erschreckend war, dass über 50 Prozent der Befragten ihrer Hochschule im Umgang mit Antisemitismus die schlechtest mögliche Note gegeben haben.

An vielen Hochschulen gibt es mittlerweile Antisemitismusbeauftragte. Hilft das nicht?

Ich glaube weiterhin, dass Antisemitismusbeauftragte wichtig sein können, wenn sie qualifiziert sind und klare Standards erfüllen. In unserer Umfrage ist jedoch klar geworden, dass viele jüdische Studierende die Rolle der Antisemitismusbeauftragten als negativ einschätzen. Denn das Problem ist, dass viele dieser Stellen symbolisch bleiben. Oft haben die Personen keine Ausbildung dazu oder erkennen israelbezogenen Antisemitismus gar nicht an. Teilweise verschlimmern sie die Situation sogar.

Wir kennen Fälle, in denen jüdische Studierende nach Gesprächen mit solchen Stellen ihre Universität oder sogar ihre Stadt verlassen mussten, weil Informationen falsch weitergegeben oder Adressen veröffentlicht wurden. Deshalb sprechen wir aktuell keine generelle Empfehlung aus, sich an Antisemitismusbeauftragte zu wenden.

Trotz der Probleme bin ich weiterhin der Meinung, dass Antisemitismusbeauftragte eine Schlüsselstelle bilden. Wenn sie gut ausgebildet sind und gewisse Standards erfüllen, dann kann das beim Kampf gegen Antisemitismus an Hochschulen helfen.

18.07.2024, Halle (Saale) (SA)

An der Kunsthochschule kommt es zu einem Angriff auf eine Person mit Davidstern-Tattoo durch das Security- und Awareness-Team. Außerdem werden antisemitische Graffiti in die Hochschule gesprayt.

07.08.2024, Gießen (HE)

Eine Ausstellung in der Universitätsbibliothek, die auf Antisemitismus aufmerksam macht, wird beschmiert und beklebt.

Euer Katalog ist mittlerweile ein Jahr alt. Welche Forderungen sind für dich weiterhin besonders wichtig?

Ein großes Problem ist die Lehramtsausbildung. Man kann jahrelang Lehramt studieren, ohne sich jemals verpflichtend mit Antisemitismus oder Rassismus auseinanderzusetzen. Kein Wunder, dass Lehrkräfte mit antisemitischen Vorfällen oft überfordert sind.

Außerdem fehlt an vielen Universitäten jeder Handlungsplan. Obwohl sich die Vorfälle seit zweieinhalb Jahren ähneln – Schmierereien, Besetzungen, Camps, Angriffe –, reagieren Hochschulen immer wie improvisiert. Bei schlimmen Vorfällen setzt sich das Präsidium zusammen und überlegt erst dann, was zu tun ist. Aber das ist viel zu spät.

Euer Forderungskatalog trug die Wissenschaftsfreiheit im Titel.

Manchmal wird uns vorgeworfen, wir wollten Wissenschafts- oder Meinungsfreiheit einschränken. Das Gegenteil ist aber der Fall. Gerade wir als jüdische Studierende wissen, was es bedeutet, wenn Wissenschaftsfreiheit zerstört wird. Aber die Realität ist doch: Jüdische Studierende können aktuell nicht frei studieren. Sie wählen ihre Seminare danach aus, wo sie sicher sind, nicht danach, was sie interessiert. Das ist ein massiver Eingriff in Wissenschafts- und Berufsfreiheit.

Hinzu kommt, dass Jüdinnen*Juden wieder auf gepackten Koffern sitzen und ihre Studienwahl an eine mögliche Auswanderung anpassen. Die Überlegung lautet dann: Jura ist unpraktisch, da man damit nur in Deutschland arbeiten kann, Medizin hingegen sichert eher auch im Ausland einen Job. Das sind mittlerweile alles Dinge, die viele jüdische Studierende wieder berücksichtigen.

Ich war im Mai auf der Jewrovision, der größten jüdischen Jugendveranstaltung Europas, und habe dort mit vielen jungen Menschen gesprochen, die gerade anfangen zu studieren. Da ging es ständig um die Frage: Wo kann man überhaupt noch sicher studieren? Wohin kann man auswandern?

In den Medien geht es meist um den Antisemitismus in den Großstädten. Ist es in kleineren Städten besser?

Nein. Antisemitismus ist kein reines Großstadtproblem. Antisemitismus gibt es an Hochschulen in ganz Deutschland. Teilweise ziehen jüdische Studierende sogar bewusst in größere Städte, weil dort mehr Anonymität herrscht. Viele kleinere Hochschulen kennt man überhaupt erst durch antisemitische Vorfälle. Ein Beispiel hierfür ist ein Vorfall an der Hochschule Rhein-Waal. Eine jüdische AStA-Vorsitzende erhielt dort eine Hass-Nachricht, die „Juden raus aus dem AStA“ gefordert hat. Daraufhin ist sie zurückgetreten.

13.09.2024, Freiburg im Breisgau (BW)

Auf der Toilette der Universität werden Schmierereien gefunden, die antisemitische und nationalsozialistische Parolen beinhalten.

16.09.2024, Berlin

Palästina-Aktivist*innen stören einen Vortrag zu jüdischen Feiertagen an der Technischen Universität, beleidigen den Redner und halten Plakate mit antisemitischen Parolen in die Luft.

Gibt es aus deiner Sicht genug Problembewusstsein?

In der Politik gibt es grundsätzlich ein Problembewusstsein, aber es passiert zu wenig.

Viele Maßnahmen werden angekündigt, aber dann nicht umgesetzt oder nicht konsequent verfolgt. Wir haben zum Beispiel gefordert, dass Exmatrikulation in extremen Fällen als Ultima Ratio möglich sein muss. Das wurde von mehreren Bundesländern angekündigt, aber bis heute oft nicht wirklich umgesetzt. Und das ist exemplarisch für vieles: Es gibt politische Einigkeit darüber, dass etwas passieren müsste, aber das Thema steht am Ende nicht weit genug oben auf der Prioritätenliste.

Bei Universitäten ist es ähnlich. Hochschulleitungen würden wahrscheinlich privat einräumen, dass es ein Problem gibt. Öffentlich wird dann aber oft relativiert oder geschwiegen.

Viele Universitäten versuchen vor allem, negative Berichterstattung zu vermeiden. Und ich glaube, das hängt auch mit den Strukturen an Hochschulen zusammen. Universitätsleitungen stehen unter Druck, wiedergewählt zu werden. Egal wie sie sich äußern, sie bekommen Kritik – entweder von der einen oder von der anderen Seite. Deshalb entscheiden sich viele lieber dafür, möglichst wenig zu sagen und Konflikte auszusitzen.

Welche Rolle spielt die Jüdische Studierendenunion in alledem?

Nach dem 7. Oktober haben wir gemerkt, dass wir viel stärker Community-Arbeit leisten müssen. Viele jüdische Studierende haben Freundschaften verloren und wurden isoliert. Deshalb haben wir unsere Arbeit stärker nach innen fokussiert: Safe Spaces, Seminare, Vernetzung, Empowerment. Wir erleben gerade einen enormen Zulauf. Noch nie hatten wir so große Vollversammlungen oder so viele Teilnehmende bei Veranstaltungen. Teilweise müssen wir Anfragen absagen, weil wir die Kapazitäten gar nicht haben.

Was dabei oft vergessen wird: Für uns ist jede Veranstaltung auch organisatorisch viel aufwendiger geworden. Andere Studierendenorganisationen treffen sich vielleicht einfach in einer Bar. Bei uns kommen inzwischen enorme Sicherheitskosten dazu. Trotzdem versuchen wir, möglichst viele Angebote aufrechtzuerhalten.

23.09.2024, Frankfurt am Main (HE)

Eine jüdische Hochschullehrende wird privat bedroht. Außerdem wird dazu aufgerufen, ihre Seminare zu meiden.

24.09.2024, Berlin

Ein Gebäude der Humboldt-Universität wird mit antisemitischen Botschaften beschmiert.

Warum ist Sichtbarkeit für euch so wichtig?

Weil jüdisches Leben an Universitäten oft nur im Kontext der Erinnerungskultur vorkommt. Man wird eingeladen, um an den Holocaust zu erinnern – aber aktuelle jüdische Sichtbarkeit ist oft nicht erwünscht. Wir wollen unbequem bleiben und dafür sorgen, dass jüdisches Leben nicht nur in schwarz-weiß, auf historischen Fotos abgebildet wird. Wir wollen auch in Farbe, im Hier und Jetzt sein. Wir wollen nicht nur Erinnerungsfiguren sein, sondern als lebendige jüdische Studierende sichtbar sein.

Wir haben letztes Jahr 60 große Universitäten gefragt, ob sie neben Weihnachtsbäumen auch eine Chanukkia aufstellen würden. Nur zwei haben zugestimmt. Die meisten sagten, sie seien ein „säkularer Raum“, obwohl Weihnachtsbäume überall selbstverständlich sind.

Was treibt dich persönlich an?

Dass jüdische Menschen in Deutschland nicht frei studieren können, ist eine schreiende Ungerechtigkeit.

Ich lasse mich nicht vertreiben. Ich will nicht akzeptieren, dass jüdisches Leben hier wieder infrage gestellt wird. Ich trage die Kippa auch deshalb sichtbar, weil religiöse Juden sonst faktisch aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Natürlich hat das Konsequenzen wie Beleidigungen, Anspucken, Bedrohungen. Aber genau deshalb ist Sichtbarkeit wichtig.

Und ich glaube, das Positive ist: Es gibt gerade eine neue Generation junger jüdischer Menschen, die sich all das nicht gefallen lassen will. Die größte jüdische Campuswoche, die größte Vollversammlung: all das zeigt, dass viele sichtbar bleiben wollen.

28.10.2024, Berlin

In der Universität der Künste wird eine antisemitische Schmierei mit Mordaufruf gegen Jüdinnen*Juden gefunden.

20.11.2024, Regensburg (BY)

Auf einem Aushang für eine Lehrveranstaltung der Technischen Hochschule werden holocaustrelativierende und antisemitische Inhalte verbreitet.

Klima der Angst

Statements antisemitismuskritischer Hochschulinitiativen zu den Erlebnissen nach dem 7. Oktober 2023

Antisemitismuskritisches Engagement am Campus bringt Gefahren mit sich. Eine Reihe an hochschulpolitischen, antisemitismuskritischen Initiativen meldet sich zu Wort und berichtet von den Erlebnissen seit dem 7. Oktober 2023 an Hochschulen. Sie sind sich einig: Am Campus herrscht ein Klima der Angst. Für Jüdinnen*Juden und auch für all jene, die sich aktiv gegen Antisemitismus einsetzen.

Hier findet sich eine Auswahl an Statements, die verschiedene Initiativen aus Hannover, Halle (Saale), München, Köln, Heidelberg und Konstanz auf Anfrage der Bildungs- und Aktionswochen im April 2026 verfasst haben. Insgesamt wurden den Initiativen drei Fragen gestellt, die verteilt in der Broschüre zu finden sind.

Hier finden sich die Antworten zur ersten Frage.

Wie habt ihr die Zeit seit dem 7. Oktober 2023 an der Hochschule erlebt?

„Die Stimmung auf dem Campus hat sich verändert. Im Sommer 2024 und 2025 hat jeweils ein ‚Palästina-Camp‘ direkt vor dem Hauptgebäude der Universität Hannover stattgefunden. Dort wurden die Verbrechen der Hamas relativiert.“

Reclaim.left (Hannover)

„Seit dem 7. Oktober hat sich die Situation an der Hochschule spürbar verändert. In Halle (Saale) gab es zwar keine Hörsaalbesetzungen oder Protestcamps, jedoch versuchen verschiedene Akteure durch Demonstrationen, Infostände und Veranstaltungen verstärkt Raum auf dem Campus zu gewinnen und verbreiten dabei antisemitische Narrative [...]. Gleichzeitig erleben wir konkrete Anfeindungen: Plakate werden beschmiert, beschädigt oder gezielt entfernt. Zudem kommt es immer wieder zu beleidigenden und antisemitischen Schmierereien.“

Arbeitskreis gegen Antisemitismus (Halle)

„Auf dem Campus finden sich zahlreiche antisemitische Aufkleber und Graffiti, darunter Hamas-Dreiecke [...]. Für antisemitismuskritische und israelsolidarische Studierende ist ein Klima der latenten Angst und Bedrohung zu spüren.“

Reclaim.left (Hannover)

„Als nicht dezidiert jüdische Organisation haben wir nach dem 7. Oktober eine merkliche Verschiebung erlebt. Anfeindungen und Verschwörungserzählungen zu unserer Motivation und Finanzierung häuften sich in den sozialen Medien.“

Students Remember (München)

„Innerhalb kürzester Zeit gab es verschiedene antisemitische Vorfälle [...]. Als Student als auch als Mitarbeiter der Hochschule machen diese Vorfälle mental zu schaffen, was die Situation aber komplizierter gemacht hat war die Inaktivität der Hochschulleitung.“

Studierende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„Unser Veranstaltungsprogramm konnten wir ohne Zwischenfälle fortsetzen, mit sogar gestiegenem Interesse seitens Studierender, Medien und Politik. Das zeigt uns: Die Bereitschaft zur ernsthaften Auseinandersetzung mit Geschichte und Antisemitismus ist in der Studierendenschaft vorhanden. Wir müssen ihr nur Raum und Anlass geben.“ *Students Remember (München)*

„Neben einem mehrwöchigen ‘Camp for Palestine’ und weiteren Protestaktionen trugen diverse antisemitische Schmierereien zu einer feindlichen Atmosphäre gegenüber jüdischen und israelischen Studierenden und Mitarbeiter*innen bei. [Der aktuelle AStA will] laut seinem Programm eine ‘Antisemitismusforschung jenseits der Staatsräson’ voranbringen.“
Bündnis gegen Antisemitismus (Köln)

„Komplett verunsichert, betroffen von den Bildern und gewillt irgendwie Empathie auszudrücken oder sich solidarisch zu zeigen [...]. Noch am Tag des 7.10. und den Tagen danach fiel mir das fehlende Mitgefühl oder sogar offene Anfeindungen gegenüber Betroffenen auf [...]. Und dieses lautstarke Schweigen hat die Verunsicherung noch verstärkt.“
Wissenschaftliche Mitarbeitende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„An der Universität Konstanz zeigt sich seit dem 7. Oktober eine wachsende Herausforderung im Umgang mit Antisemitismus [...]. Die Reaktion der Universitätsleitung blieb dabei aus Sicht vieler Betroffener zurückhaltend und wenig klar positioniert. Engagement kam vor allem aus den Reihen der Mitarbeiterinnen und Studierendenschaft selbst [...]. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass Antisemitismus an der Universität nicht konsequent erkannt und benannt wird. Klare rote Linien und eine eindeutige Haltung der Universitätsleitung fehlen – mit spürbaren Folgen für das Sicherheitsgefühl und die Teilhabe betroffener Studierender und Mitarbeiter*innen. Als Mitarbeiterinnen fühlen wir uns oft in einem emotionalen Feld von Verzweiflung, Empörung, Wut, aber auch in dem festen Willen, nicht aufgeben zu wollen.“
Nichtwissenschaftliche Mitarbeitende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„Most of us didn’t feel any direct antisemitism at the university, although having witnessed a few anti-Israeli comments from a few people [...]. [It] makes us feel criticized and unwelcome everywhere because of our Israeliness.“
International Scientists der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„Studierende wie Lehrende gründeten Gruppen, die wiederholt Terror verherrlichten und antiisraelische Narrative verbreiteten, allen voran ‘Students for Palestine’. Sie selbst verorten sich im linken Spektrum und prägen dieses vor Ort zunehmend [...]. Sich dem zu entziehen ist beinahe unmöglich geworden: neben Demonstrationen, ‘Info’ständen und Protestcamps gehören antisemitische Schmierereien und Sticker leider fest zum Stadt- und Campusbild [...]. All das summiert sich bei Betroffenen zu einem Klima der Angst, führt zu Rückzug und Selbstisolation.“
Referat gegen Antisemitismus (Heidelberg)

„The atmosphere has become increasingly hostile. We are witnessing a surge in hateful speech that has permeated every corner of the university.“
Internationale Studierende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

Campus im Ausnahmezustand

Warum Hochschulen verstehen müssen, was jüdische Studierende und Lehrende seit dem 7. Oktober erleben

Beitrag von Julia Bernstein und Stefan Müller

Das Projekt „Antisemitismus an Hochschulen in Hessen“, das durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) gefördert und in Kooperation mit Dr. Julia Bernstein und Dr. Stefan Müller durchgeführt wird, soll eine Datengrundlage zu Antisemitismus an hessischen Hochschulen schaffen. Die beiden Forscher*innen des Projekts geben einen Einblick.

Seit dem 7. Oktober 2023 finden tiefgreifende Verschiebungen statt, für einige scheinbar kaum wahrnehmbar, für andere umso folgenreicher: Orte und Räume der Aufklärung, Offenheit und kritischen Denkens sind für viele jüdische Studierende und Lehrende zu Orten der Unsicherheit geworden. Das kann von als „Israelkritik“ formulierten Äußerungen, die in der Delegitimierung des jüdischen Staates und letztlich jüdischer Existenz münden, bis hin zu Fragen reichen, ob Kippa, Davidstern oder Makkabi-T-Shirt auf dem Campus gefahrlos getragen werden können. Innerhalb kürzester Zeit wurde sichtbar, was lange Zeit nur bruchstückhaft wahrgenommen worden war: Jüdisches Leben an Hochschulen ist keineswegs selbstverständlich geschützt.

Der 7. Oktober 2023 markiert für viele jüdische Studierende und Hochschullehrende eine Zäsur des akademischen Alltags in Deutschland¹². Das Problem ist nicht neu, aber es ist sichtbarer, lauter und aggressiver geworden – im Hochschulkontext oftmals rationalisiert, an die soziale Erwünschtheit akademischer Milieus angepasst und dadurch chiffrierter sowie subtiler artikuliert¹³.

Universitäten und Hochschulen gelten als Orte der Bildung, Reflexion, Kritik und Aufklärung. Zugleich lassen sich dort Legitimierungen der gegenwärtig virulentesten Erscheinungsform des Antisemitismus, des israelbezogenen Antisemitismus beobachten; teilweise gehen diese sogar von Hochschulangehörigen

29.11.2024, München (BY)

An die Fassade des Siemens Technology Centers der Technischen Universität werden Parolen geschmiert, die dem Unternehmen einen Völkermord in Gaza unterstellen.

15.12.2024, Jena (TH)

Auf der Toilette der Universität werden antisemitische Schmierereien gefunden, die Israel dämonisieren.

selbst aus. Veranstaltungen zu Israel oder zu jüdischen Themen finden an deutschen Hochschulen oftmals unter Sicherheitsvorkehrungen statt.

Hochschulleitungen erkennen den auf beliebige Juden und Jüdinnen projizierten Israelhass häufig nicht als Antisemitismus und reagieren entsprechend uneinheitlich. Zögerliche und defensive Haltungen verweisen auch darauf, dass die ideologisierte Thematik bislang als Thema wenig im Blickfeld war. Die Debatten verlaufen stets emotionalisiert und meist politisiert – häufig ohne belastbare empirische Grundlage.¹⁴

Antisemitismus erkennt man nicht allein an der Absicht der Sprecher*innen, sondern an den Erfahrungen der Betroffenen

Seit dem 7. Oktober 2023 und den darauf folgenden globalen Reaktionen verdichten sich Erfahrungen, die viele jüdische Studierende und Hochschullehrende schon lange beschrieben hatten, denen jedoch im akademischen Betrieb häufig marginalisiert, relativiert oder mit einer Flucht in abstrakte Diskurse begegnet wird. Sichtbar geworden ist dabei vor allem eine tiefgreifende Diskrepanz: die Kluft zwischen der Wahrnehmung derjenigen, die Antisemitismus erfahren, beobachten, interpretieren oder theoretisieren und jenen, die ihn nicht erkennen bzw. relativieren, ignorieren oder gar legitimieren.

Diese Diskrepanz ist weder zufällig noch kommunikatives Missverständnis. Sie verweist auf unterschiedliche soziale Positionen, unterschiedliche Erfahrungswelten und unterschiedliche Normalitätsannahmen. Darin liegt die theoretische, gesellschaftliche und empirische Bedeutung von Perspektiven, die den Fokus der Debatte grundlegend hin zu der Frage verschieben, wie gesellschaftlich dominierende Narrative Erfahrungen von Juden und Jüdinnen in Deutschland systematisch entwerten, unsichtbar machen oder rationalisieren.

Antisemitismus existiert nicht nur dort, wo antisemitische Absichten offen formuliert werden. Er wirkt auch dort, wo jüdische Erfahrungen marginalisiert oder als prüfungsbedürftig durch scheinbar neutrale Akteure

infrage gestellt oder umgedeutet werden. Darin besteht eine der zentralen Verschiebungen nach dem 7. Oktober.

Viele nichtjüdische Hochschulangehörige nahmen die Eskalationen primär als politische Auseinandersetzungen wahr: als Ausdruck kontroverser Positionen zum Nahostkonflikt, als Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und Aktivismus oder als Streit um die Grenzen legitimer „Israelkritik“. Zahlreiche jüdische Studierende und Lehrende beschreiben dagegen etwas grundlegend anderes: den grundlegenden Verlust von Sicherheit am Arbeitsplatz, den Rückzug aus öffentlichen Räumen, Erfahrungen sozialer Isolation und die Wahrnehmung, dass ihre Sorgen und Ängste, Hoffnungen und Wünsche selbst zum Gegenstand von Rechtfertigungsforderungen werden.

Diese Differenzen sind analytisch entscheidend. Sie verweisen darauf, dass Antisemitismus nicht allein als Vorurteilssystem innerhalb von Einstellungsmustern verstanden werden kann. Im Einbezug sozialer Interaktionsdynamiken unter institutionellen Bedingungen wird deutlicher, wie bestimmt wird, wessen Erfahrungen gesellschaftlich glaubwürdig erscheinen und wessen Wahrnehmungen unter Verdacht und Rechtfertigungsdruck geraten oder als übersensibel und traumatisiert objektiviert werden.

Sichtbar werden so auch die individuellen und gesellschaftlichen Normalisierungsstrategien der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft. Anders formuliert: Sichtbarer wird eine Haltung der Toleranz, Gleichgültigkeit und Überdrüssigkeit gegenüber einem Antisemitismus, der zugleich als nicht tolerierbar proklamiert wird. Die Such- und Orientierungsbewegung der Frage „Ist das wirklich antisemitisch?“ nimmt dabei eine besondere Rolle ein. Sie wird dann nicht inhaltlich und offen gestellt, sondern trägt als Kontrolle über die Legitimität jüdischer Erfahrung selbst zu Abwehr und Umdeutungen bei. Solche und vergleichbare Verschiebungen folgen einer Dynamik, die mittlerweile gut beschrieben werden können: Nicht mehr die Frage nach antisemitischen Legitimierungen und Rationalisierungen innerhalb der eigenen Institution, möglicherweise auch der eigenen Denk-, Handlungs- und Urteilmöglichkeiten steht dann im Mittelpunkt,

20.01.2025, München (BY)

Auf einer Kundgebung an der Technischen Universität wird Israel das Existenzrecht abgesprochen und zum Terror aufgerufen.

03.02.2025, Kassel (HE)

An der Kunsthochschule werden Hamas-glorifizierende und antisemitische Exponate im Zuge einer Kunstinstallation gezeigt.

sondern der Antisemitismusvorwurf. Mit den Verschiebungen auf die Legitimität und Gültigkeit jüdischer Erfahrung selbst können die zweifelsohne herausfordernden Fragen auch abgewehrt werden.

Ein Perspektivwechsel hin zu einer reflexiven Antisemitismusforschung weist daher weit über bestehende Annahmen hinaus. Es geht um die Anerkennung jüdischer Perspektiven als epistemisch relevant – also als Quelle gesellschaftlicher Erkenntnis. Ein solcher Perspektivwechsel markiert auch einen Bruch mit langen Traditionen deutscher Debattenkultur nach 1945. Über Juden und Jüdinnen wurde viel zu häufig gesprochen, ohne jüdische Stimmen einzubeziehen. Nicht selten entsteht eine paradoxe Situation: Nicht-jüdische Personen diskutierten mit anderen nicht-jüdischen Personen darüber, welche Formen der Bedrohung für Juden und Jüdinnen tatsächlich relevant seien und welche nicht.

Nach 1945 wurde Antisemitismus in Deutschland oft primär als Problem der Vergangenheit behandelt – als abgeschlossenes oder als zu erinnerndes Kapitel nationalsozialistischer Barbarei. Juden und Jüdinnen erschienen dabei kaum als Subjekte, sondern als moralische Erinnerungsfiguren deutscher Vergangenheitsbewältigung. Aufschlussreich in sozialwissenschaftlich reflexiven Perspektiven ist stets die Frage danach, was wie ein- und ausgeschlossen wird. Rückblickend zeigt sich dies meist deutlicher als im aktuellen Handgemenge. So tritt heute deutlicher hervor, dass das gegenwärtige jüdische Leben in seiner Komplexität, seinen Herausforderungen und Kontroversen lange Zeit weder als gesellschaftliche Normalität wahrgenommen noch im erinnerungspolitischen Mainstream angemessen mitgedacht wurde.

Wer Antisemitismus nicht präzise beschreibt, kann ihm auch nicht wirksam begegnen

Die Diskrepanz zwischen Betroffenen- und Nicht-Betroffenenwahrnehmung wird in unterschiedlichen Einschätzungen einzelner Vorfälle deutlich. Sie irritiert auch das moralische Selbstbild akademischer Milieus. Hochschulen verstehen sich traditionell als Räume der Aufklärung und kritischer Reflexion. Wenn jedoch ausgerechnet in diesen Milieus

jüdische Perspektiven marginalisiert werden oder Antisemitismus nur dann anerkannt wird, wenn er in klassische rechte, rechtsradikale oder rechtsextreme Feindbilder passt, entstehen folgenreiche einseitige Problemwahrnehmungen.

Deshalb ist die präzise Beschreibung von allen Erscheinungsweisen des Antisemitismus so bedeutsam¹⁵. Sichtbarer werden dann auch Dynamiken und Mechanismen, die in selbsternannten progressiven Kontexten besonders wirksam werden können: die Moralisierung der eigenen Position. Das Schema ist ebenso einfach wie folgenreich: Antisemitismus erscheint dann umso leichter greifbar und bekämpfbar – als Problem „der anderen“, der Rechten, der Ungebildeten, der offen Autoritären. Je moralisch höherwertiger die eigene Position inszeniert wird, umso leichter kann eine Diskussion um antisemitische Denk- und Argumentationsmuster oder gar Handlungsweisen nicht als Anlass zur kritischen Selbstreflexion, sondern als illegitime Störung des eigenen moralischen Selbstverständnisses erlebt werden¹⁶. Gerade der aktuelle israelbezogene Antisemitismus tritt als moralisch aufgeladene Welterklärung auf. Israel erscheint dabei als Symbol des absolut Bösen: kolonial, rassistisch, genozidal, imperialistisch.

Wo Menschen ihre Identität verstecken müssen, endet akademische Freiheit

Die neuere Antisemitismusforschung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass insbesondere höher gebildete Milieus über erhebliche Kompetenzen verfügen, soziale Erwünschtheit zu erkennen und antisemitische Denkmuster sprachlich zu transformieren. Antisemitismus verschwindet unter Bedingungen akademischer Bildung nicht; er erscheint codierter, indirekter, moralisch rationalisierter. Die offene, jüdenfeindliche Äußerung wird ersetzt durch codierte Formen der Delegitimierung und Dämonisierung Israels.

Die aktuellen Herausforderungen bestehen daher sowohl in der Identifikation offener Feindbilder im Hochschulbereich („Zios jagen“) als auch in der Analyse jener codierten Legitimierungen, in denen antisemitische Motive mit aktivistischen Selbstverständnissen verschmelzen. Wenn Israel als koloniales Projekt

27.03.2025, Duisburg (NW)

Es werden antisemitische Schmierereien in Universitätsgebäuden gefunden.

16.04.2025, Berlin

Antisraelische Aktivist*innen besetzen einen Hörsaal der Humboldt-Universität, zerstören diesen und schmier antisemitische Parolen an die Wände.

beschrieben, sein Existenzrecht relativiert oder der Genozid-Vorwurf vorgebracht wird, zeigen sich häufig Formen israelbezogenen Antisemitismus, die im Hochschulkontext nicht ausreichend erkannt oder problematisiert werden.

Der israelbezogene Antisemitismus stellt Hochschulen scheinbar vor ein paradoxes Problem. Er scheint einerseits zentrale Prinzipien akademischer Freiheit und politischer Kontroverse zu berühren, andererseits erzeugt er erhebliche Unsicherheiten im Umgang mit antisemitischen Grenzüberschreitungen. Hochschulen geraten damit in eine paradoxe Lage: Sie wollen Räume offener Debatte bleiben, verfügen jedoch viel zu häufig nicht über eine begriffliche und empirische Grundlage, um die Verschmelzung von politischem Aktivismus mit antisemitischen Dehumanisierungsstrategien erkennen, benennen und problematisieren zu können.

Obwohl die Thematik seit dem 7. Oktober eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat, existiert bislang nur eine begrenzte empirische Datengrundlage. Insbesondere fehlt es an Untersuchungen, die jüdische Perspektiven systematisch einbeziehen, alle Erscheinungsformen des Antisemitismus präzise beschreiben und langfristig vergleichbar machen, um antisemitischen Dynamiken im Hochschulkontext auch empirisch fundiert begegnen zu können.

Vom ‚Nie wieder‘ zum ‚Nie wieder wehrlos‘

Eine weitere entscheidende Wendung einer reflexiven antisemitismuskritischen Perspektive besteht nun darin, dass sie weniger nach subjektiven Intentionen als nach Annahmen, Folgen und Wirkungen fragt. Nicht allein die Selbstbeschreibung der Akteur*innen steht im Mittelpunkt, sondern auch, welche Folgen für Juden und Jüdinnen die aktuellen Diskurse im Hochschulbereich haben.

Damit verschiebt sich der Fokus von der Absicht auf die Effekte, von der Sprecher*innenperspektive auf die Perspektive derjenigen, die mit den Konsequenzen leben müssen. Diese Verschiebung erzeugt gegenwärtig erhebliche Konflikte. Die Diskrepanz zwischen Betroffenen und Nicht-Betroffenen offenbart

unterschiedliche Bedingungen von Sicherheit. Für viele nichtjüdische Hochschulangehörige bleibt der Campus trotz aller Konflikte ein Raum politischer, auch kontroverser, aber häufig abstrakter Diskussionen. Für zahlreiche jüdische Studierende und Lehrende wurde er seit dem 7. Oktober zu einem Raum potenzieller sozialer oder gar persönlicher Gefährdung. Dieser Unterschied prägt.

Verwiesen ist damit auch auf die soziologische Einsicht, dass gesellschaftliche Wirklichkeit stets mit sozialen Positionierungen vermittelt ist. Der Soziologe Heinz Steinert formulierte hierzu ebenso prägnant wie deutlich, dass „Objektivität angesichts der Pluralität von sozialen Perspektiven nur reflexiv zu haben ist“¹⁷.

Wer Antisemitismus nicht erlebt, nimmt ihn oft anders wahr als diejenigen, die mit seinen alltäglichen Folgen konfrontiert sind. Darin zeigt sich die tiefere Bedeutung der Diskrepanz zwischen Betroffenen- und Nicht-Betroffenenperspektive. Sie verweist auf asymmetrische Bedingungen gesellschaftlicher Wahrnehmung, Verortung und Teilhabe.

Der 7. Oktober hat sichtbarer und folgenreicher gemacht, wie unterschiedlich dieselben Situationen verstanden werden. Für die einen geht es um politische und moralische Selbstvergewisserungen, für die anderen um Existenz.

Die antisemitische Drohung zeichnet sich von jeher dadurch aus, dass Juden und Jüdinnen unter Rechtfertigungsdruck ihrer Existenz geraten. Das zionistische Versprechen besteht auch darin, dass das ‚Nie wieder‘ zum ‚Nie wieder wehrlos‘ übergeht¹⁸. Hier beginnen die Möglichkeiten von Erkenntnis: in der Einsicht, dass gesellschaftliche Wirklichkeit nicht für alle dieselbe ist. Der Stand jüdischen Lebens an Hochschulen ist kein Randthema akademischer Kultur. Er ist ihr demokratischer Belastungstest.

24.04.2025, Köln (NW)

Bei einer universitären Veranstaltung werden die Hamas und die Angriffe des 7. Oktobers verherrlicht.

24.05.2025, Berlin

Nahe der Humboldt-Universität werden Plakate aufgehängt, die rote Hamas-Dreiecke abbilden und dazu aufrufen, Zionist*innen „Angst einzujagen“.

„Mein permanentes Gefühl: Ich bin hier in einer feindlichen Umgebung“

Interview mit einer Aktivistin
(Unbekannte Jüdische Aktivist*innen Deutschland)

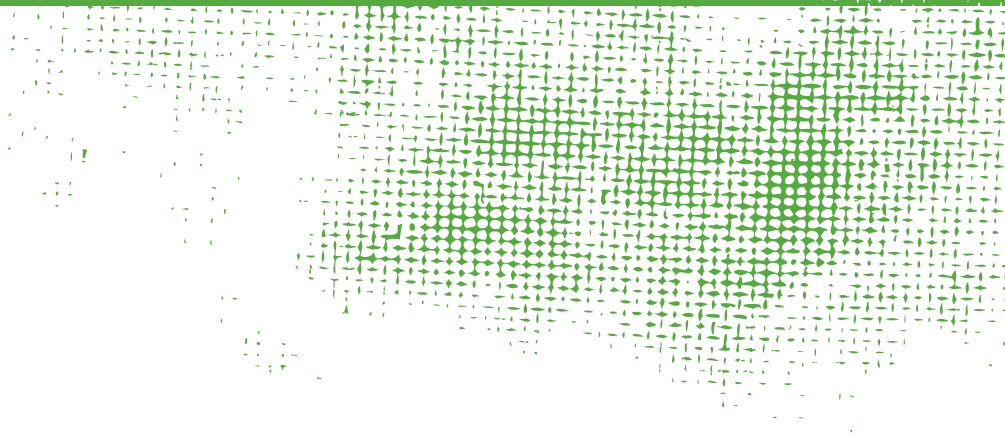
Das Interview wurde am 13. Mai 2026 geführt.

Unbekannte jüdische Aktivist*innen Deutschland



Unbekannte jüdische Aktivist*innen Deutschland

Es ist kurz nach Mitternacht als eine Gruppe junger Aktivist*innen ein Banner an der Fassade der Technischen Universität Berlin befestigt. Der Schnee macht es schwieriger als gedacht. Schnell tauchen Securities auf. Dennoch hängt das Banner bis zum Abend des 27. Januar 2026, dem Internationalen Holocaust-Gedenktage. Dann wird es von der Hochschulleitung abgehängt. Wer steckt hinter der Banneraktion? Die Gruppe nennt sich „Unbekannte Jüdische Aktivist*innen Deutschland“, eine Gruppe, die für diese Nacht zusammenkam, um ein Zeichen zu setzen. Und einen Satz an die Wand zu hängen, der mehr ist als eine Forderung: „Wir wollen kein Mahnmal werden.“ Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus haben sich im Mai 2026 mit einer Aktivistin der Gruppe zum Gespräch getroffen.



Ihr habt euch einen rätselhaften Namen gegeben. Wer sind die Unbekannten Jüdischen Aktivist*innen Deutschlands?

Wir sagen nur so viel: Wir sind eine Gruppe jüdischer Studierender aus Berlin. Inspiriert hat uns eine ähnliche Gruppe aus Wien, die die Initiative ergriffen und reagiert hat statt den Antisemitismus an Hochschulen nur über sich ergehen zu lassen. Wir kamen zusammen, weil die Situation insbesondere an der Technischen Universität (TU) und der Freien Universität (FU) Berlin aus unserer Sicht unhaltbar ist. An der Humboldt-Universität sieht es besser aus, dort gibt es eine Antisemitismusbeauftragte, die ihren Job wirklich gut macht. An TU und FU wollten wir ein Zeichen setzen: Ihr macht nicht genug gegen Antisemitismus, und wir jüdische Studierende fühlen uns benutzt. Denn mit uns wird nur geredet, um nach außen zu kommunizieren: „Wir sprechen mit jüdischen Studierenden.“ Aber auf uns gehört wird nicht. Es wird nicht reagiert, nicht interveniert. Und es wird immer von „zwei Seiten“ gesprochen, deren Positionen bedacht werden müssten. Dabei gibt es keine zwei Seiten. Es gibt Menschen, die diskriminieren, und Menschen, die diskriminiert werden. Es gibt uns Jüdinnen*Juden und es gibt Antisemiten.

Du sprichst ganz selbstverständlich von Antisemiten. Sind das wirklich alles Antisemiten?

Meine Position: Wenn jemand wiederholt antisemitische Handlungen organisiert, trotz Kritik weitermacht und die Perspektive Betroffener nicht anhört, dann ist diese Person antisemitisch. Ja.

Was habt ihr in der Nacht zum 27. Januar konkret gemacht?

Wir haben zwei riesige Banner bestellt und sie zum 27. Januar, dem Internationalen Holocaust-Gedenktag, aufgehängt. Die Überschrift lautete: „Wir wollen kein Mahnmal werden“. Denn an Schulen und Hochschulen wird mit der Illusion gearbeitet, dass der Holocaust aufgearbeitet wurde und deswegen keine Diskriminierung mehr stattfindet. Das stimmt aber nicht.

In der Nacht vom 26. auf den 27. Januar sind wir nacheinander zur TU und zur FU gefahren. Wir durften das offiziell natürlich nicht, also mussten wir schauen, wie wir es durchziehen können. An der TU haben wir das Banner am Mathematikgebäude

01.06.2025, Köln (NW)

Auf der Universitätstoilette werden antisemitische und Hamas-verherrlichende Schmierereien gefunden.

02.06.2025, München (BY)

In einem Hörsaal der Ludwig-Maximilians-Universität werden Schmierereien gefunden, die Israel das Existenzrecht absprechen.

angebracht. Wir wurden dabei allerdings von Securities entdeckt und bedrängt. Das Banner hing dort bis zum Abend des 27. Januar und wurde dann leider abgehängt. An der FU konnten wir nichts mehr aufhängen. Die Sicherheitsdienste beider Universitäten waren offenbar gut vernetzt. Also haben wir Fotos mit dem Banner vor dem Hauptgebäude und vor dem Präsidium gemacht, einer der Adressaten der Aktion. Die Fotos haben wir auf Social Media veröffentlicht, um zumindest dort Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Wie hat die Universitätsleitung reagiert?

Es gab keine Reaktion. Keine einzige. Überrascht hat uns das nicht. Unsere Erfahrung, auch außerhalb dieser Aktion, ist: Entweder kommt eine halbherzige Antwort, oder keine.

Wieso habt ihr dieses Datum gewählt?

Gedenktage wie der 27. Januar werden von Institutionen wie Universitäten oft nur genutzt, um sich etwas auf die Fahne zu schreiben. Ähnlich wie der Pride Month, bei dem plötzlich alle ihre Regenbogenfahnen hissen. Was in den letzten Jahren deutlich geworden ist: Dieser Tag wird benutzt, um Aufarbeitung zu signalisieren, ohne strukturell irgendetwas zu verändern.

Für mich persönlich hebt sich der 27. Januar nicht besonders hervor. Antisemitismus, transgeneracionales Trauma, Postmemory – das spielt für mich jeden Tag eine Rolle, insbesondere wenn ich die Universität betrete. Wir hätten uns also jeden beliebigen Tag für die Aktion aussuchen können. Aber am 27. Januar haben wir den Universitäten gezielt den Spiegel vorgehalten: Ihr behauptet, ihr habt alles aufgearbeitet, aber am selben Tag findet zum Beispiel eine Veranstaltung statt, bei der der eingeladene Sprecher anlässlich des Holocaust-Gedenktags nicht über heutigen Antisemitismus, sondern über Gaza spricht. Das ist Diskursverschiebung, das ist Täter-Opfer-Umkehr. Wir haben gehofft, dass die Aktion gerade an diesem Tag mehr Impact haben würde, dass mehr Menschen denken: Okay, vielleicht sollten wir heute einmal zuhören. Wir Jüdinnen*Juden sind nicht nur passive Opfer oder passive Objekte, über die von einer nichtjüdischen Mehrheit geredet werden kann. Wir sind Subjekte. Wir wollen kein Mahnmal werden.

06.06.2025, München (BY)

In einen Hörsaal der Ludwig-Maximilians-Universität werden nationalsozialistische Parolen geschmiert.

26.06.2025, Berlin

Während des Sommerfests der Alice Salomon Hochschule werden Banner gehisst, auf denen Israel dämonisiert und die Hamas verherrlicht wird.

Diese Rechnung ging aber nicht auf, wenn das Banner noch am Holocaust-Gedenktag abgenommen wurde, oder?

Es ist eigentlich unglaublich. Das Banner hat keinen Eingang blockiert, keinen Notausgang versperrt. Es hing einfach an einem Fenster. Es gab keinen sachlichen Grund, es am Tag selbst abzunehmen. Aber genau das passiert: Okay, Jüdinnen*Juden dürfen sich kurz ausdrücken und dann wird es so schnell wie möglich wieder entfernt. Dass das Banner noch nicht einmal bis zum nächsten Tag hängen durfte, sendet ein fatales Signal.

„Wir wollen kein Mahnmal werden“ – Was steckt in diesem Satz?

Der Satz hat mehrere Schichten. Erstens: Ein Mahnmal ist stumm und passiv. Wir sind es nicht. Jüdisches Leben in Deutschland existiert. Es ist lebendig, aktuell, und wir sind keine passiven Erinnerungsobjekte, über die die nichtjüdische Mehrheit einfach so reden kann. Wir haben Meinungen und Sichtweisen, die gehört werden sollen.

Zweitens steckt darin ein Zukunftsblick und eine Aufforderung: Handelt jetzt. Blickt nicht in fünf oder zehn Jahren auf 2026 zurück und sagt: „Jüdinnen*Juden haben uns damals gewarnt, aber wir haben nicht zugehört.“ Hört uns jetzt zu und handelt jetzt!

Und drittens, auch wenn ich kein Fan von Holocaust-Vergleichen bin, sieht man, dass auch damals jüdische Menschen gewarnt und aufgeklärt haben, und dass das von der Mehrheitsgesellschaft ignoriert wurde oder dass es allen egal war. Später wurde dann behauptet, sie hätten von nichts gewusst. Für die Gegenwart gilt: Wir sind da. Gegen den antisemitischen Trend haben wir kontinuierlich aufgeklärt, sind in Diskussionen gegangen, haben auf unsere Lage aufmerksam gemacht, bis an unsere Grenzen. Mit diesem Satz sagen wir: Wir möchten nicht wieder im Nachhinein in diese Unsichtbarkeit und in die Opferrolle geschoben werden, wir sind hier.

15.07.2025, Berlin

Während einer Veranstaltung der Freien Universität wird der Holocaust relativiert und Israelhass verbreitet.

18.07.2025, Dresden (SN)

An der Technischen Universität werden antisemitische und nationalsozialistische Schmierereien auf der Toilette gefunden.

Wie ist die aktuelle Lage für euch an den Berliner Universitäten?

In den hochschulpolitischen Gremien sind wir de facto außen vor. Organisationen, die sich Offenheit auf die Fahne schreiben, boykottieren jüdische Stimmen, sobald sie nicht antizionistisch sind. TU und FU haben Statements veröffentlicht, die den Boykott israelischer Institutionen als legitimen Diskurs behandeln, was direkte Auswirkungen hat: Räume werden spontan entzogen, Veranstaltungen blockiert.

Das Schweigen der Präsidien ist nicht nur entmutigend, es ist auch eine Verletzung unserer Rechte. Jüdinnen*Juden haben das Recht, nicht diskriminiert zu werden. Und im Falle von Diskriminierung das Recht auf eine Anlaufstelle, die Ahnung von Antisemitismus hat.

Für mich persönlich ist es inzwischen sehr schwer, die Universität zu betreten. Ich habe das pro-palästinensische Protestcamp an der FU Berlin im Mai 2024 miterlebt. Ich kenne jetzt diejenigen, die die Hamas verherrlichen. Ich bin permanent angespannt und habe Angst. Das beeinträchtigt meine Konzentration, meinen Uni-Alltag. Mein permanentes Gefühl: Ich bin hier in einer feindlichen Umgebung.

Ist das auch der Grund für den Gruppennamen „Unbekannte jüdische Aktivist*innen“?

Zum einen war es eine Anlehnung an die JSUD – das Akronym UJAD hat einen Wiedererkennungswert und macht die Aktion als jüdische Studierendeninitiative erkennbar. Zum anderen wollen wir anonym bleiben, auch aus Sicherheitsgründen. Es geht nicht um uns als Individuen, sondern um eine spezifische, aber verallgemeinerbare Stimme. Es geht um eine Perspektive jüdischer Studierender.

Dabei schwingt aber noch etwas anderes mit: Wir sind eigentlich nicht unbekannt, weil wir immer wieder das Gespräch suchen. Wir sind unbekannt in dem Sinne, dass wir ignoriert werden. Nichtjüdische Menschen sagen oft, sie kennen keine Jüdinnen*Juden. Wir gelten als absent. Dadurch bleiben wir unsichtbar und unbekannt, obwohl wir laut und präsent sind.

23.07.2025, Berlin

An der Freien Universität werden antisemitische Flyer verteilt, die Verschwörungserzählungen reproduzieren.

09.09.2025, Göttingen (NI)

An ein Universitätsgebäude werden Hamas-Dreiecke und eine Parole geschmiert, die Zionist*innen bedroht.

Hat sich die Lage seit Oktober 2023 verändert?

Antisemitismus hat nach dem 7. Oktober exponentiell zugenommen und bleibt seitdem auf einem hohen Niveau. Was sich vielleicht ein bisschen verändert hat: Die Menschen, die durch antisemitische Narrative erreicht werden konnten, wurden erreicht. Es gibt keine weitere Eskalation, aber auch keine Verbesserung. Vorerst sehen wir eine gewisse Stagnation. Dadurch werden hoffentlich einige, die sich bisher herausgehalten haben, jetzt etwas zugänglicher.

Manchmal wird behauptet, an den Universitäten werden nur antizionistische Jüdinnen*Juden wirklich gehört. Gibt es diese Gruppe überhaupt in relevantem Ausmaß?

Ich persönlich habe in Deutschland keine antizionistischen Jüdinnen*Juden getroffen. Ich weiß, dass es sie gibt und dass sie an manchen Universitäten unverhältnismäßig viel Raum einnehmen. Aber auf allen jüdischen Veranstaltungen, auf denen ich bin, ist klar, dass wir zionistisch sind. Zionismus bedeutet hierbei in seiner klassischen Definition: Wir stehen hinter der Existenz des Staates Israel; und übrigens meistens auch hinter der eines zukünftigen demokratischen Palästina.

Das Problem ist: Weil es diese kleinen, aber lauten antizionistischen Gruppe gibt, wird behauptet, es gäbe eine ernstzunehmende Diskussion innerhalb des Judentums und deshalb sei Antizionismus nicht antisemitisch. Das ist eine Verdrehung. Hinzu kommt: Viele Jüdinnen*Juden würden sich nicht als zionistisch bezeichnen, stehen aber trotzdem hinter der Existenz des Staates Israel. Der Begriff wurde durch antisemitische Propaganda so entleert, dass manche ihn schlicht ablehnen, ohne zu wissen, was er eigentlich bedeutet.

Was würde die Lage an den Unis konkret verbessern?

Das Wichtigste sind Ressourcen.

Erstens: physische Räume. Ein Ort, an dem Jüdinnen*Juden und Allies zusammenkommen, sich sicher fühlen und vernetzen können. Vernetzung schafft Stärke. Dann gäbe es auch einen Raum für Veranstaltungen, die unabhängig von antisemitisch geprägten Strukturen stattfinden können. Antisemit*innen haben teilweise solche physischen Räume, Juden und Jüdinnen aber nicht.

Zweitens: Antisemitismusbeauftragte, die von jüdischen Studierenden mitgetragen werden und die tatsächlich auf Betroffene hören.

Drittens: Aufklärungsveranstaltungen zu Antisemitismus. Nicht organisiert von jüdischen Studierenden, die das in ihrer Freizeit stemmen, sondern von den Universitäten selbst. Das ist ihr Bildungsauftrag. Die JSUD hat einen Leitfaden veröffentlicht, der all das enthält. Er wird bislang ignoriert.

10.09.2025, Berlin

Bei einem Vortrag an der Freien Universität wird die israelische Kriegsführung mit der Shoah verglichen.

22.10.2025, Frankfurt am Main (HE)

Der Präsident der Goethe-Universität wird des Genozids beschuldigt, weil er eine Kooperation mit einer israelischen Universität eingeht.

Klima der Angst

Statements antisemitismuskritischer Hochschulinitiativen zu Herausforderungen in der aktivistischen Arbeit

Seit dem 7. Oktober sind hochschulpolitische und antisemitismuskritische Initiativen nicht nur Gefahren ausgesetzt, auch ihre Arbeit im Kampf gegen Antisemitismus wird durch verschiedene Faktoren gestört und verhindert. Von diesen Herausforderungen in der aktivistischen Arbeit berichten die von uns befragten Initiativen.

Hier findet sich eine Auswahl an Statements, die verschiedene Initiativen aus Hannover, Halle (Saale), München, Köln, Heidelberg und Konstanz auf Anfrage der Bildungs- und Aktionswochen im April 2026 verfasst haben. Insgesamt wurden den Initiativen drei Fragen gestellt, die verteilt in der Broschüre zu finden sind.

Hier finden sich die Antworten zur zweiten Frage.

Vor welchen Herausforderungen steht ihr?

„Wir haben feststellen müssen, dass sowohl der AStA der Leibniz Universität als auch verschiedene Fachräte sich schwertun, mit uns Veranstaltungen zu organisieren und uns finanziell zu unterstützen, weil sich antizionistische und antisemitische Positionen zunehmend etablieren und antisemitismuskritische Positionen und Inhalte aggressiv zu verhindern versuchen [...]. Bei unseren Veranstaltungen müssen wir speziell auf Sicherheit achten und mentale und personelle Kapazitäten dafür aufwenden.“

Reclaim.left (Hannover)

„Eine zentrale Herausforderung ist das geringe Problembewusstsein innerhalb der Studierendenschaft. Antisemitismus wird häufig relativiert, nicht erkannt oder bewusst ignoriert [...]. Gleichzeitig bestehen an der Universität kaum tragfähige Strukturen, um auf antisemitische Vorfälle angemessen zu reagieren.“

Arbeitskreis gegen Antisemitismus (Halle)

„Viele der aktuellen Herausforderungen sind zwar nicht per se neu, zeigen sich nun aber besonders deutlich: Dazu zählt u.a. die Kontroverse um Antisemitismus-Definitionen (v.a. IHRA vs. JDA), die auch zur Verunsicherung und Passivität universitärer Akteure sowie in der Folge zur Erosion anti-antisemitischer Normen beiträgt [...]. Eine weitere Herausforderung stellen die Versicherheitlichung und zunehmende Restriktionen – auch für antisemitismuskritische Akteure – dar. So haben sich die Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Campus verschärft und es bestehen teils hohe Auflagen, etwa zur Anwesenheit von Sicherheitspersonal.“

Bündnis gegen Antisemitismus (Köln)

„In der Arbeit gegen Antisemitismus in Heidelberg stoßen wir regelmäßig auf Grenzen. Die Stellen der Stadt sind zuvorkommend, aber Ressourcen fehlen. An der Universität haben wir die Erfahrung gemacht, Antisemitismus erst erklären zu müssen. Und auch dann: Erfahrungsberichte Betroffener werden wahlweise gegen das gute Image, die Diskriminierungserfahrungen anderer Studierendengruppen oder die Wissenschaftsfreiheit im Abstrakten aufgewogen.“
Referat gegen Antisemitismus (Heidelberg)

„Die größte Herausforderung ist, dass Antisemitismus selbst dann nicht klar benannt wird, wenn er offensichtlich ist [...]. Das zeigt, dass Antisemitismus nicht gleichwertig behandelt wird, sondern zur Verhandlung gestellt wird. Betroffenen wird dadurch nicht nur die Anerkennung ihrer Erfahrungen verweigert, sondern sie werden zusätzlich bevormundet.“

Studierende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„At times, I felt uncomfortable expressing my opinions due to concerns about how they would be received. This sometimes made me feel excluded or pushed to the margins. In addition, I believe there is confusion between legitimate criticism of Israeli policies and antisemitism, and in some cases, the line between them becomes blurred.“

Internationale Studierende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„A lot of the difficulty is actually around traveling to conferences/ field research. Where people tell us about the genocide with pointing fingers ‚we make‘. People make faces when we say where we are from, ostentatiously distanced themselves from us.“

International Scientists der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„Akteure aus den Hochschulen kapitulieren zu oft angesichts der Komplexität und schweigen lieber. Was dies für uns bedeutet, zeigt sich konkret in fehlender institutioneller Unterstützung bei Räumen und Ressourcen. Unsere zweite große Herausforderung ist das Schweigen vieler Studierender.“

Students Remember (München)

„Gefühl der Belastung und Überforderung, im Versuch als kleine Minderheit gegen sehr große Widerstände anzukämpfen, um antisemitismuskritische Bildungsveranstaltungen zu implementieren oder einzufordern [...]. Herausfordernd finde ich aber auch die Tatsache, dass man über Antisemitismus quasi nicht mehr sprechen/ diskutieren kann, ohne dass man auf andere Formen von Rassismus eingeht, selbst wenn dieser für den Vorfall keine Rolle spielt.“

Nichtwissenschaftliche Mitarbeitende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

Zur Lage an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen

Beitrag von Andreas Stahl (ZeBA NRW)

Im August 2024 wurde an der Universität Münster die „Zentrale Stelle für Beratung und Monitoring antisemitischer Vorfälle an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen“ eingerichtet, heute bekannt als ZeBA NRW. Sie versteht sich als niedrigschwellige Anlaufstelle für jüdische Studierende und Hochschulangehörige, steht aber ebenso nicht-jüdischen Betroffenen von Antisemitismus sowie allen Hochschulangehörigen offen. Über Beratung und die Dokumentation von Vorfällen hinaus organisiert ZeBA NRW zudem antisemitismuskritische Bildungsarbeit und leistet Öffentlichkeitsarbeit. Ziel der Stelle ist es, Antisemitismus im Hochschulkontext systematisch zu erfassen, sichtbar zu machen und präventive Maßnahmen mitzugestalten. Gleichzeitig bietet sie Unterstützung im Umgang mit konkreten Vorfällen und greift – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – auch intervenierend ein. Damit ist ZeBA NRW Teil eines antisemitismuskritischen Netzwerks in Nordrhein-Westfalen und eng mit den zentralen Akteur*innen vor Ort verzahnt. Dazu zählen das CARS¹⁹ der Katholischen Hochschule NRW sowie die Beratungsstellen der jüdischen Gemeinden in Düsseldorf und Dortmund (SABRA²⁰ und ADIRA²¹). Durch die Ansiedlung von ZeBA NRW an der Universität Münster besteht eine direkte Anbindung an Hochschulen. Gleichzeitig steht ZeBA NRW im kontinuierlichen Austausch mit den jüdischen Hochschulgruppen in Aachen, Bochum, Bonn, Düsseldorf und Münster sowie weiteren Initiativen jüdischer Studierender, wo sie denn existieren.

Welche Möglichkeiten bietet ZeBA NRW?

Das breit angelegte Aufgabenprofil von ZeBA NRW eröffnet vielfältige Möglichkeiten im Kampf gegen Antisemitismus. Als Schnittstelle vernetzt die Stelle gezielt Akteur*innen aus jüdischen Gemeinden und Kontexten, Hochschulen, Politik, Forschung, Prävention und Medien. So entstehen Synergien: Ressourcen werden gebündelt, Aufklärung gestärkt und Interventionen bei konkreten Vorfällen erleichtert.

Zugleich ermöglicht das ZeBA NRW einen präzisen Blick auf antisemitische Dynamiken an Hochschulen. Relevante Akteur*innen – etwa sogenannte pro-palästinensische Gruppen (z. B. „Students for Palestine“), linke Hochschulgruppen wie der SDS²² sowie postkoloniale oder islamistisch geprägte Milieus – können so gezielter in den Blick genommen werden. Das gilt auch für Netzwerke politisch aktiver

Andreas Stahl ist Leiter der Zentralen Beratungsstelle zu Antisemitismus an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (ZeBA NRW).

ZeBA NRW ist die erste hochschulübergreifende Beratungsstelle gegen Antisemitismus.

13.11.2025, Berlin

Bei einer friedlichen Besetzung von linken jüdischen und antisemitismuskritischen Studierenden an der Technischen Freien Universität kommt es zu Einschüchterungsversuchen durch pro-palästinensische Aktivist*innen.

18.11.2025, Marburg (HE)

In der Nähe eines Universitätsgebäudes wird eine antizionistische Parole geschmiert.

Akademiker*innen, die etwa in antiisraelischen Gruppierungen organisiert sind oder sich beispielsweise in der BDS-Bewegung²³ organisieren. Sichtbar wird dies besonders im Kontext von Veranstaltungen, die an Hochschulen organisiert oder in die Lehre eingebunden sind. Nach dem Abbau der antiisraelischen Camps hat sich ein Teil dieser Aktivitäten verstärkt in solche Formate verlagert.

ZeBA NRW ist unabhängig und damit, im Gegensatz zu den internen Antisemitismusbeauftragten, nicht weisungsgebunden. Und obgleich ein enger und regelmäßiger Austausch mit der Landesregierung in Form des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft NRW besteht, hat diese keinen direkten Einfluss auf die Arbeit ZeBAs.

Hinzu kommt die enge Anbindung an (potenziell) Betroffene. Sowohl zu vielen jüdischen Gemeinden in NRW als auch insbesondere zu jüdischen Hochschulgruppen, dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender, zu Einzelpersonen und Hochschullehrenden besteht ein enges Vertrauensverhältnis. Das ermöglicht eine schnelle Reaktion auf Vorfälle und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Man denke dabei an psychosoziale oder juristische Fachstellen sowie Unterstützung. Als unabhängige Anlaufstelle bietet ZeBA NRW eine Alternative für jüdische Hochschulangehörige, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht an hochschulinterne Strukturen wenden möchten. Darin spiegelt sich der betroffenenzentrierte Ansatz von ZeBA NRW wider.

Durch die genaue Beobachtung der Artikulationsformen von Antisemitismus an Hochschulen bietet die Stelle zudem die Möglichkeit, zielgruppenspezifische Bildungsangebote mit zu entwickeln, zu vermitteln und durchzuführen.

Dabei ist israelbezogener Antisemitismus – wie auch gesamtgesellschaftlich und global, aber an Hochschulen noch einmal stärker – die vorherrschende Erscheinungsform. Ressentiments gegen den jüdischen Staat drücken sich oft durch die Delegitimierung und Dämonisierung des Zionismus im Ganzen aus. So sind Vorwürfe, wonach Zionismus und Israel per se „rassistisch“, „faschistisch“, „kolonialistisch“, „imperialistisch“, „genozidal“ seien, im akademischen Bereich gang und gäbe.

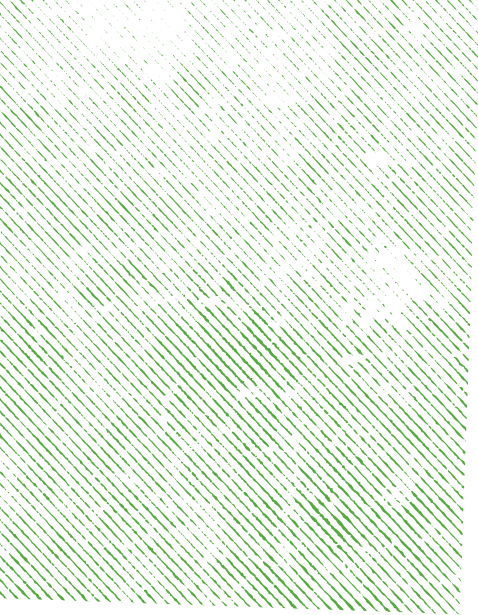
Häufig entstammen diese Vorwürfe arabisch-nationalistischen, linken, islamistischen und postkolonialen Milieus. Insbesondere theoretische Strömungen wie Decolonial Studies, Gender Studies, Postcolonial Studies, Settler Colonial Studies sowie bestimmte antirassistische, antiimperialistische sowie poststrukturalistische Ansätze spielen hierbei eine Rolle.²⁴ In Auseinandersetzung mit den wissenschaftlich grundierten Kategorien zur Erfassung von Antisemitismus von RIAS²⁵ ermöglicht ein genauer Blick auf diese Strömungen, spezifisch auf die jeweiligen Diskurse einzugehen und beispielsweise durch die Vermittlung grundlegender und vertiefender Kenntnisse über die Geschichte und Gegenwart des sogenannten Nahostkonflikts darauf zu reagieren. Dies betrifft auch Angriffe auf die IHRA-Arbeitsdefinition, die oft der Verharmlosung von israelbezogenem Antisemitismus dienen.²⁶

20.11.2025, Göttingen (NI)

An ein Universitätsgebäude werden Morddrohungen und rote Hamas-Dreiecke geschmiert.

06.12.2025, Köln (NW)

Auf einem Weihnachtsmarkt der Kunsthochschule für Medien werden Artikel verkauft, die Israel das Existenzrecht absprechen. Außerdem wird eine vermeintlich zionistische Person verbal und körperlich angegriffen.



Probleme und Gefahren der Arbeit von ZeBA NRW

Doch neben den zahlreichen positiven Effekten von ZeBA NRW bestehen auch strukturelle Konflikte und Gefahren, die die Arbeit teils massiv erschweren.

Ein Problem ist die Verantwortungsdiffusion. Zwar ist Antisemitismus an Hochschulen zunächst ein Problem der jeweiligen Institution selbst, das vor Ort bearbeitet werden muss. Die Existenz einer hochschulübergreifenden Stelle wie ZeBA NRW kann jedoch dazu führen, Verantwortung nach außen zu verlagern. Gerade bei der Einordnung konkreter Vorfälle, ob bestimmte Aussagen, Sticker oder Schmierereien als antisemitisch zu bewerten sind, wird die Zuständigkeit nach außen verschoben.

Damit entsteht ein Spannungsverhältnis: Einerseits übernimmt ZeBA NRW hier eine wichtige Beratungsfunktion, andererseits eröffnet die Struktur Hochschulakteur*innen die Möglichkeit, sich der eigenen Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu entziehen.

Ein weiteres Problem ist die Wahrnehmung externer Stellen als Gegner oder Gefahr, die das Antisemitismusproblem an Einrichtungen erst nach außen sichtbar machen. Dies führt dazu, dass Austausch und Kontakt teilweise gemieden und vor allem (potenziell) antisemitische Vorfälle nicht weitergeleitet werden und somit nicht dokumentiert werden können. Das erhöht das Problem des sehr hohen Dunkelfeldes

von antisemitischen Vorfällen an Hochschulen, das der Arbeit ohnehin permanent zugrunde liegt.²⁷ Besonders wichtig ist daher die Aufklärung über den vertrauensvollen Umgang mit Daten und die wissenschaftlich abgesicherte Arbeit von RIAS. Gleichzeitig besteht prinzipiell ein struktureller Konflikt zwischen Institutionen auf der einen und Beratungsstellen sowie (potenziell) Betroffenen auf der anderen Seite, falls Betroffene ein Interesse an der Sichtbarmachung und öffentlichen Thematisierung von antisemitischen Vorfällen haben.

Für Institutionen hingegen scheint die Nicht-Thematisierung antisemitischer Vorfälle an ihren Einrichtungen oft die höchste Priorität zu besitzen. Dabei wäre es absurd, davon auszugehen, dass bspw. Hochschulen im Gegensatz zur Gesamtgesellschaft verschont wären von Antisemitismus, aber auch von Rassismus, Misogynie und anderen Ideologien. Gerade der Antisemitismus war immer auch Phänomen der Gebildeten.²⁸ Dieser strukturell angelegte, aber nicht notwendige Interessenkonflikt beeinflusst auch Probleme, die mit Antisemitismusbeauftragten an Hochschulen selbst einhergehen können. Solange nämlich Beauftragte der Hochschule insbesondere vor allem nach dem handeln sollen, was Hochschulen als ihr Interesse wahrnehmen, bieten sie nicht unbedingt eine vertrauensvolle Anlaufstelle für jüdische Studierende und Hochschulangehörige insgesamt. Neben persönlicher Qualifikation und ausreichenden Ressourcen ist für die Arbeit von Hochschulbeauftragten vor allem entscheidend, wie stark sie an Hochschulinteressen gebunden sind – insbesondere dann, wenn diese den Interessen der Betroffenen widersprechen.

Zu guter Letzt wird deutlich, dass Beratungsstellen politisches Engagement an Hochschulen gegen Antisemitismus nicht ersetzen können. Dieses Engagement bleibt nach wie vor, und vor allem seit dem 7. Oktober 2023, unerlässlich. Die Existenz institutionalisierter Strukturen wie ZeBA NRW birgt die Gefahr, dass der Eindruck entsteht, das Problem Antisemitismus sei institutionell zu lösen. Letztlich hängt es aber vom konkreten politischen und wissenschaftlichen Engagement aller Hochschulangehörigen ab, ein kulturelles Klima an Hochschulen zu schaffen, in dem grundlegender Israelhass und Antisemitismus nicht

08.12.2025, Bielefeld (NW)

Ein Vortrag zum Thema „Akademischer Antisemitismus“ wird von pro-palästinensischen Studierenden gestört, die unter anderem Israel das Existenzrecht absprechen.

08.01.2026, Jena (TH)

Auf den Toiletten der Hochschule wird eine antisemitische Schmiererei gefunden.

geduldet werden. Hierzu müssen Hochschulgruppen sowie Initiativen von Studierenden und Lehrenden, die eine rationale Befassung mit der Geschichte und Gegenwart von Antisemitismus, Holocausterinnerung, Judentum, Israel und Zionismus anstreben, viel stärker von den Hochschulstrukturen und externen Akteur*innen unterstützt werden. Es bedarf insbesondere des entschiedenen Widerspruchs gegen antisemitische Welterklärungen, Anfeindungen und Diskriminierung.

Konkrete Bedrohungen

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, inwiefern ZeBA NRW mehr als eine „bloße“ Beratungsstelle zur niedrigschwelligen Beratung für Betroffene von Antisemitismus darstellt. Gleichzeitig zeigen konkrete Vorfälle wie zuletzt im Juni 2026 an der Universität Bielefeld, bei denen eine personalisierte Bedrohungskampagne gegen ZeBA NRW durchgeführt wurde, inwiefern die Stelle auch von der antizionistischen Szene als dezidiert Gegner aufgefasst wird und nicht nur symbolisch mit fast allen Mitteln bekämpft wird.²⁹ Hintergrund dieser Ereignisse an der Universität Bielefeld war eine bereits im Dezember 2025 aus dem Ruder gelaufene Veranstaltung zum Thema „Akademischer Antisemitismus“, die nur aufgrund des Eingreifens von Sicherheitskräften sowie der Polizei zu Ende geführt werden konnte.³⁰ Nachdem die Rektorin der Universität Bielefeld ZeBA NRW aufgrund dieser Ereignisse für Juni 2026 erneut zum Vortrag zum selben Thema eingeladen hatte, mussten die Sicherheitsvorkehrungen deutlich verschärft werden: Im Vorhinein zur Veranstaltung hatte eine Gruppe namens „Collective Liberation Bielefeld“ unter dem Titel „Völkermord-Leugnung an unserer Uni? Nicht mit uns!“ zu einer Kundgebung gegen die Veranstaltung aufgerufen. Dieser Aufruf, der unter anderem von mehreren SDS-Ortsgruppen (Bielefeld, Leipzig, Paderborn, in anderer Form auch: Düsseldorf), dem Bielefelder Ortsverband der Linkspartei sowie bekannten antiisraelischen Akteur*innen wie der Gruppe „Palästina Antikolonial“ aus Münster verbreitet oder geliked wurde, war zudem mit einem in schwarz-weiß gehaltenen, gekachelten Foto des Referenten Andreas Stahl versehen, dessen Aufbereitung an ein Fahndungsplakat erinnerte.³¹ Diese Aufrufe inkl. Foto wurden im

Vorhinein dann auch an der Universität in Form von Plakaten verbreitet. Die dadurch verschärfte Sicherheitslage, der die Universität Bielefeld durch mehrere Maßnahmen begegnete, stellte für ZeBA NRW eine neue Qualität der Bedrohung dar. Zudem kam es auch bei dieser Veranstaltung zu zahlreichen antisemitischen Äußerungen und Einschüchterungsversuchen: Ein Teilnehmer bspw. äußerte die Ansicht, dass der Referent „Täter“ eines Völkermordes sei und dafür bald vor Gericht gestellt werde, worauf weder aus dem Publikum, in dem zahlreiche Professor*innen u. a. saßen, noch vonseiten der Moderation durch die Hochschulleitung eine Reaktion folgte.³² Auch diese sehr typischen Nicht-Reaktionen zeigen die massive Verunsicherung und Überforderung, die nach wie vor im Umgang mit aggressiv auftretender antiisraelischer Propaganda an Hochschulen vorherrscht. Dieser Auseinandersetzung müssen wir uns eingedenken, dass der Kampf gegen Antisemitismus unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen eine Sisyphos-Arbeit bleibt,³³ gemeinsam stellen, um eine Normalisierung von Antizionismus und Antisemitismus aufzuhalten.

04.03.2026, Berlin

Die Studierendenvertretung der Hertie School beschließt die Unterstützung der BDS-Kampagne.

23.04.2026, Berlin

Der Präsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Ron Dekel, wird auf der Straße beleidigt und bedroht. Nachdem er den verbalen Angriff filmt und auf Social Media teilt, wird ihm aufgelauert und er wird verfolgt.

Umkämpfte Räume

Hochschulen zwischen Judenfeindlichkeit und demokratischer Selbstorganisation

Beitrag von Debora Eller (fzs)

Antisemitismus findet sich seit jeher auch an Hochschulen, da diese selbstredend Teil der Gesellschaft sind. Doch die Hochschule muss als Institution in ihrer Spezifik betrachtet werden. Als Raum der Bildung und Forschung, ausgestattet mit einem Selbstverständnis als Stätte des Wissens und der Erkenntnis, begegnen einem hier bestimmte Formen des Antisemitismus stärker als andere in anderen gesellschaftlichen Kontexten. Was bedeutet das?

Seitens der Lehrenden und Forschenden finden sich so beispielsweise an juristischen Fakultäten eher rechte antisemitische Ideologeme als an den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten. Der akademische Antisemitismus, der sich in den gelehrten Theorien und den „aktivistischen Sozialwissenschaften“ wiederfindet, äußert sich vor allem in israelbezogenem Antisemitismus. Gemeint sind hier sich explizit politisch verstehende Theoretiker*innen, die eine antizionistische Haltung einnehmen und etwa durch BDS aktivistisch gegen Israel vorgehen. Manche Werke dieser Theoretiker*innen, wie etwa

Debora Eller ist ehemalige Referentin für Antifaschismus, Antirassismus und Emanzipation beim freien Zusammenschluss von Student*innen-schaften (fzs) e.V.

von Judith Butler oder Edward Said, sind fester Bestandteil einer geisteswissenschaftlichen universitären Ausbildung. Das Problem des Antisemitismus an Hochschulen liegt also nicht nur an politischen Subjekten, die ihren eigenen Antisemitismus mitbringen, sondern zum Teil auch an der Theoriebildung an den Universitäten selbst. Das Problem ist also mitunter hausgemacht.

Die Lage seit dem 7. Oktober 2023

Der Anstieg antisemitischer Vorfälle an den Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 deckt einen Missstand auf, dessen Grundlage lange zurückliegt. Seit dem 7. Oktober ist an Hochschulen eine deutliche Verschiebung im politischen und emotionalen Klima spürbar.

Das Thema Israel und Gaza durchzieht nicht nur Lehrveranstaltungen, sondern auch das studentische Leben am Campus. Viele betroffene Studierende erzählen, dass vor allem Kommiliton*innen das Thema Nahost in die Seminare bringen würden, seltener auch die Lehrenden selbst. Die Leugnung des Existenzrechts Israels und der Vorwurf eines vermeintlichen Genozids in Gaza stellen dabei die Haupt-Topoi dar. Lehrende reagierten zu Beginn häufig nicht oder unzureichend auf klar antisemitische Äußerungen.

Ein weiterer Punkt sind die Einführungswochen, die an vielen Hochschulen den ersten zentralen Berührungspunkt von Erstsemestler*innen mit dem

27.04.2026, München (BY)

Auf der Universitätstoilette werden antisemitische Schmierereien gefunden.

05.05.2026, Halle (Saale) (ST)

An der Kunsthochschule werden Flugblätter mit antisemitischen Verschwörungserzählungen verbreitet.

universitären Alltag darstellen. Bei den Veranstaltungsreihen zentriert linker studentischer Aktivismus vielerorts eine Palästina-Solidarität und mobilisiert so neue Studierende für die eigene aktivistische Arbeit. Eine linke studentische Politisierung an den Universitäten funktioniert so häufig emotionalisierend über das Thema Nahost – und das direkt in den ersten Wochen des Studiums.

Jüdische Studierende werden dabei von jenen Aktivist*innen als potenzielle Unterstützer Israels gesehen und sollen sich häufig zu Israels Vorgehen in Gaza äußern. Studierende, die eine prozionistische Haltung vertreten, laufen Gefahr, verbal oder körperlich angegriffen zu werden. Da propalästinensische studentische Aktivist*innen den Zionismus ablehnen, fordern diese ein teils drastisches Vorgehen gegen zionistische oder als solche empfundene Aussagen oder Personen. Dabei behaupten sie häufig fälschlicherweise, der Zionismus sei eine faschistische politische Positionierung und fordern indes ein Vorgehen wie gegen andere Faschist*innen auch. An manchen Standorten wird somit implizit oder explizit Gewalt gebilligt oder gefordert. Es kommt zu einer starken Polarisierung auf dem Campus, wobei propalästinensische Aktivist*innen zahlenmäßig meistens überwiegen und in ihren Aktionsformen präsenter sind als die politische Gegenseite.

Insbesondere im Jahr 2024, teilweise auch davor und danach, kam es zu Hörsaalbesetzungen, Protestcamps oder Kundgebungen auf dem Campus, bei denen israelbezogener Antisemitismus an der Tagesordnung war. Die Hochschulleitungen reagierten schleppend auf die akute Gefährdungslage für Studierende. In Einzelfällen waren auch islamistische Akteure an der Planung und Durchführung jener Proteste beteiligt, wie Kader der Gruppe Masar Badil bei einer Besetzung der Humboldt-Universität zu Berlin. In Bonn kam es zu einer Spaltung unter den Teilnehmenden und Organisator*innen eines Pro-Palästina-Camps an der Universität im Jahr 2024. Hier gab es immer mehr Campbesucher*innen, die nicht studierten und aus anderen Teilen Nordrhein-Westfalens anreisten. Auf den Protesten waren Hamas-Symboliken wie das rote Dreieck zur Feindmarkierung und Parolen zu hören wie „Palästina bis zum Sieg“.

Inhaltlich geführte Diskussionsrunden an den Hochschulen zum Thema Nahost oder Antisemitismus wurden immer schwieriger, da das Thema extrem emotional aufgeladen war und seitens pro-palästinensischer Studierender auch teilweise der Vorwurf des (antimuslimischen) Rassismus instrumentalisiert wurde, wenn Antisemitismus angesprochen wurde. Diese Instrumentalisierung zeigte sich darin, dass eine Kritik an Hamas-verherrlichenden Protestinhalten beispielsweise als rassistisches „Tone-policing“ bezeichnet

wurde. Damit einher ging die Forderung, dass jegliche Aussagen pro-palästinensischer Aktivist*innen Gehör finden müssten und eine Grenzziehung bezüglich klar antisemitischer oder terrorverherrlichender Aussagen rassistisch sei, so beispielsweise an der Technische Universität Berlin geschehen. Hier zeigte sich auch, dass sowohl Studierende, als auch Lehrende oder anderweitiges Hochschulpersonal kaum einen Begriff von Antisemitismus hatten, und solche Proteste seitens des Personals in manchen Fällen sogar mindestens geduldet wurden.

Das Erkennen und Verstehen antisemitischer Ideologeme stellt bis heute eine Leerstelle im Universitätsbetrieb dar. Häufig wurde Antisemitismus unspezifisch als eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unter vielen betrachtet. Dies führte dazu, dass von Antisemitismus Betroffene häufig nicht ernstgenommen wurden und etwa ein Gespräch mit den Täter*innen von ihnen verlangt wurde. Die Hochschulen kamen vielerorts ihrer Schutzpflicht gegenüber den Studierenden nicht oder nicht ausreichend nach. So ergibt sich eine Unsicherheit bei jüdischen, pro-israelischen und antisemitismuskritischen Studierenden: Vielerorts ist nicht klar, an wen sie sich wenden können, besonders, wenn keine Antisemitismusbeauftragten ernannt wurden. Dies führt häufig zu einem Rückzug der Betroffenen. Manche Studierende brechen ihr Studium wegen einer Bedrohungslage auf dem Campus ab.

Besonders betroffen waren dabei Kunsthochschulen. An der Universität der Künste Berlin etwa bildeten sich schnell aggressiv auftretende studentische Pro-Palästina-Proteste, die andere Studierende massiv gängelten. Die Hochschulleitung richtete infolgedessen mehrere Stellen zur Antisemitismusbekämpfung ein. Dass die Lage an den Kunsthochschulen besonders düster aussieht, liegt auch an deren internationalen Vernetzungen und Mitgliedern: Im internationalen Kunstbetrieb ist Antisemitismus weit verbreitet, wie zahlreiche Vorfälle zeigten. So etwa die Documenta 15, die Biennale 2024 und die Künstler*innen-Bewegung „Strike Germany“, die zum Boykott deutscher Institutionen, welche angeblich pro-palästinensische Positionierungen zensierten, aufrief. Ein solches Milieu befeuerte an Kunsthochschulen antisemitische Protestinhalte noch.

Studentische Selbstbestimmung und Vernetzung

Der freie Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs) hat seine Vernetzung mit pro-israelischen und jüdischen Gruppen und Institutionen verstärkt: Dazu zählten studentische (Regional)Gruppen, wie etwa die Jüdische Studierendenunion Deutschland, wissenschaftliche Organisationen wie das Internationale

Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung, zivilgesellschaftliche Vereine, wie das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder die Jugendorganisationen von Parteien. Allen Beteiligten war klar, dass es eine enge Zusammenarbeit und eine regelmäßige Abstimmung geben muss, um Antisemitismus an Hochschulen einzudämmen. Der fzs und seine Partner*innen arbeiten dafür auf verschiedenen Ebenen zusammen.

Auf Bundesebene sprachen wir mit verschiedensten Regierungs- und Oppositionsvertreter*innen, um Aufmerksamkeit für das Problem zu schaffen und konkrete Forderungen für eine politische Reaktion auf die Gemengelage zu stellen. Auch mit der Hochschulrektorenkonferenz waren wir im Austausch, und forderten hier eine Reaktion der Hochschulleitungen auf den Antisemitismus an ihren jeweiligen Standorten. Wir forderten auch niedrigschwellige Melde- und Anlaufstellen für Betroffene. Auch die Antidiskriminierungsbeauftragten sollten entweder speziell zum Thema Antisemitismus geschult oder durch fachkundige Antisemitismusbeauftragte ergänzt werden. Von den Hochschulleitungen forderte der fzs:

- *Eine klare Positionierung für das Existenzrecht Israels und gegen Antisemitismus*
- *Den Ausschluss und das Verbot klar antisemitischer Gruppierungen am Campus sowie Hausverbote für Studierende, die diesen angehören und sich antisemitisch äußern*
- *Die Einrichtung von geschulten Anlaufstellen für betroffene Studierende und Mitarbeitende*
- *Eine nachhaltige und proaktive Auseinandersetzung mit strukturellem Antisemitismus im Hochschulbetrieb mit Hilfe geschulter Expert*innen*

Zusammen mit studentischen Vertreter*innen von Allgemeinen Studierendenausschüssen oder Kulturgruppen der Hochschulen trafen wir uns zu mehrtägigen Vernetzungs- und Austauschtreffen. Hier wurde deutlich, wie prekär die Lage einiger Studierender vor Ort war. Im Rahmen dieser Treffen wurden strategische Ansätze zur Bekämpfung des Antisemitismus auf lokaler Ebene besprochen. Dazu gehörten Möglichkeiten der Kommunikation mit der jeweiligen Hochschulleitung, das Einwirken auf hochschulpolitische Beschlüsse in Studierendenparlamenten oder auch die Hinzunahme der lokalen Presse, etwa um konkrete antisemitische Vorfälle publik zu machen, wenn sonst keine Hochschulstelle darauf reagierte.

Da der fzs eine bundesweite hochschulpolitische Organisation ist, konnten wir vor allem auch unsere bundesweite und lokale Erfahrung in Gremienarbeit einbinden. Es zeigte sich, dass an einigen Standorten in Deutschland pro-palästinensische Studierende die hochschulpolitischen Gremien für ihren politischen Aktivismus nutzten. Es entstanden vielerorts neue Listen (für das Studierendenparlament wählbare „Parteien“), die Palästina zu ihrem Hauptthema gemacht hatten, wie etwa lokale „Students for Palestine“-Gruppen. Auch die hochschulpolitische Jugendorganisation Die Linke.SDS wendete sich verstärkt diesem Thema zu. Vielerorts stellten sich Ortsgruppen mit dem Hauptaugenmerk auf eine Palästina-Solidarität neu zur Wahl auf, wobei eine Dämonisierung und Ablehnung des Staates Israel häufig war. Diese Gruppen lassen über studentische Gelder immer wieder Veranstaltungen, wie Vorträge oder Lesungen, finanzieren, bei denen antisemitische Äußerungen fallen. Konsequenzen folgen hier häufig keine oder nur ungenügende.

Lokale Herausforderungen

Viele Studierende wünschen sich eine institutionelle Verankerung einer Antisemitismusdefinition, damit die Finanzierung solcher Vorträge verhindert werden kann. Das jeweilige Vorgehen muss dabei tatsächlich am konkreten Fall abgewogen werden. Doch in vielen Studierendenparlamenten oder AStAs sind keine Antisemitismusdefinitionen verankert. Der fzs beschloss für seine Arbeit im Jahr 2023 die IHRA-Definition, welche von zahlreichen jüdischen Institutionen empfohlen wird. Dadurch konnten wir als die zahlenmäßig größte bundesweite, unabhängige Studierendenvertretung für lokale Studierendenvertretungen eine Vorlage schaffen, um vor Ort selbst diesen Beschluss umzusetzen oder in ihren jeweiligen Gremien zu implementieren.

Wenn es keinen entsprechenden Beschluss gibt, bringen pro-palästinensischen Gruppen häufig die JDA-Definition ein, welche ihrerseits allerdings dem aktuellen Problem des israelbezogenen Antisemitismus kaum etwas entgegenzusetzen hat. Wichtig ist das Mehrheitsverhältnis bei solchen Abstimmungen, das lokal verschieden ausfallen kann. Es ist also angezeigt im Vorfeld abzuwägen, ob die Verankerung einer Antisemitismusdefinition eine tatsächliche Hilfe im Kampf gegen Antisemitismus ergeben wird. An manchen Standorten wurde die Forderung nach einer in der Gremiensatzung verankerten Antisemitismusdefinition seitens Betroffener gemieden, damit keine den vorliegenden Antisemitismus verharmlosende Definition institutionell verankert wird. Den Betroffenen war in diesen Fällen klar, dass sie nicht die Mehrheit stellten, es einen Gegenantrag zur IHRA geben würde und sie damit eher neue Probleme schafften.

Auch fiel auf, dass vor allem die studentische Sozialpolitik als politisches Thema diene, bei dem einige Akteur*innen später den Nahostkonflikt einbrachten. Gruppen nutzten dabei das Interesse von Studierenden für relevante Anliegen, wie etwa Verbesserungen des BAföGs, als Mobilisierungsstrategie, um dann nachgelagert den Themenkomplex Israel-Palästina anzuführen. Auch Forderungen zur Zivilklausel werden in diesem Milieu häufig auf das Thema gewendet: Hier wird eine Entmilitarisierung der Wissenschaft gefordert und das damit begründet, dass sich Hochschulen ansonsten an Waffenentwicklungen beteiligen würden. Diese Waffen würden dann an Israel geliefert und damit angeblich einen Genozid in Gaza unterstützen. So wurden in der Vergangenheit Israel und Deutschland Kriegstreiberei vorgeworfen. Desinformation über den Krieg im Nahen Osten war dabei weit verbreitet, auch das eindeutige Motiv Israels als Kindermörder tauchte hier vereinzelt auf. Diese Zuschreibung bedient sich der antisemitischen Ritualmordlegende, nach der Jüdinnen*Juden christliche Kinder für rituelle Zwecke ermorden würden. Die Parole „Kindermörder Israel“ stellt eine moderne Weiterführung des mittelalterlichen Mythos dar.

Zudem fällt eine Polarisierung der Debatte entlang einer Konfliktlinie über Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit auf. Diese trifft insbesondere die Seite der Lehrenden, welche sich antiisraelisch oder antisemitisch äußern, wird jedoch auch von Studierenden befeuert. Beispielhaft zu nennen ist dabei der Vorwurf des Genozids durch Israel, der von Lehrenden als wissenschaftliche Äußerung deklariert wird. Seitens Lehrender werden antisemitische Aussagen teilweise als legitim dargestellt, da sie unter die Wissenschaftsfreiheit fallen würden, beziehungsweise bei außeruniversitär getätigten Aussagen unter die Meinungsfreiheit. Diese ist natürlich trotzdem an die Grundsätze der Verfassung gebunden. Allerdings berührt sie auch täglich studentisches Leben am Campus und in einigen Fällen ist das Durchwinken klar antisemitischer Äußerungen mit Verweis auf die Meinungs- oder Wissenschaftsfreiheit ein fahrlässiger Akt der Hochschulleitungen und Beteiligten. Manchmal ist dieses Durchwinken selbst Ausdruck von Doppelstandards in Bezug auf Israel, also antisemitisch.

Zu einer freien Wissenschaft gehört allerdings auch, dass alle Studierende unversehrt an ihr teilhaben können: Wenn jüdische Studierende in eine akute Gefährdungslage durch Antisemitismus am Campus gelangen, so ist hier wohl kaum noch von einer Wissenschaftsfreiheit zu sprechen, da nicht alle Universitätsmitglieder an ihr teilhaben können.

Langfristige Strategien

Es zeigt sich also, wie wichtig eine Beteiligung an studentischer Hochschulpolitik ist, um die aktuellen antisemitischen Umtriebe auf dem Campus einzudämmen. Neben einer formellen Verankerung einer Antisemitismusdefinition ist auch die Besetzung von Themen wie Sozialpolitik durch antisemitismuskritische und emanzipatorische Gruppierungen wichtig, um hier ein Abdriften in Parolen eines linken Antisemitismus zu verhindern.

Es ist schade, wenn studentische Politik sich gerade in Sachen Antisemitismus vor allem damit beschäftigen muss, überall brennende Feuer bekämpfen zu müssen. Der fzs verfolgt neben dieser kurz- und mittelfristigen Strategie auch langfristige Ziele.

Vor allem durch unsere Veranstaltungsreihen und Förderung einer kritischen politischen Bildung streben wir danach, Studierenden ein Verständnis für Antisemitismus, dessen Erscheinungsformen und Wirkungsweisen zu vermitteln. Formate wie etwa unsere Kampagne Never Again! oder unsere Bundeskongresse für politische Bildung bieten dabei intensive Workshopformate, um den Aktiven der Hochschulpolitik und allen weiteren interessierten Studierenden eine theoretische und praktische Basis für die Bekämpfung von Antisemitismus in ihren jeweiligen Strukturen zu bieten. Es konnte seit dem 7. Oktober durch das Engagement studentischer Organisationen zumindest stellenweise eine Sensibilisierung für Antisemitismus und dessen Erscheinungsformen erreicht werden. Einige Hochschulleitungen und auch Lehrende erlangten hier weitergehende Expertise. Auch die Vernetzung von jüdischen und proisraelischen Akteur*innen aller Bereiche der Hochschulen wurde vorangetrieben. Doch diese Strukturen brauchen weiterhin dringend Unterstützung.

Klima der Angst

Statements antisemitismuskritischer Hochschulinitiativen zu Maßnahmen und Unterstützungsangeboten im Kampf gegen Antisemitismus

Um am Campus weiterhin Stärke im Kampf gegen Antisemitismus zeigen zu können, sind Unterstützungsangebote und Maßnahmen nötig, die die Arbeit von antisemitismuskritischen Hochschulinitiativen schützen und unterstützen.

Hier findet sich eine Auswahl an Statements, die verschiedene Initiativen aus Hannover, Halle (Saale), München, Köln, Heidelberg und Konstanz auf Anfrage der Bildungs- und Aktionswochen im April 2026 verfasst haben. Insgesamt wurden den Initiativen drei Fragen gestellt, die verteilt in der Broschüre zu finden sind.

Hier finden sich die Antworten zur dritten Frage.

Welche Maßnahmen oder Unterstützungsangebote wünscht ihr euch, um Antisemitismus besser zu bekämpfen?

„Von der Universitätsleitung wünschen wir uns Rückendeckung und eine klare Positionierung gegen Antisemitismus. Die Wissenschaftsfreiheit ist durch antizionistische Raumnahme sowie Einschüchterungen und Gewalt gegen Jüdinnen*Juden faktisch gefährdet. Dem sollte die Universität präventiv durch die Organisation und die finanzielle Unterstützung von Bildungsveranstaltungen und Schulungen sowie repressiv durch entschlossenes Vorgehen samt Strafanzeigen, Disziplinarmaßnahmen und Ausübung des Hausrechts und im Zweifelsfall Exmatrikulationen entgegenwirken.“

Reclaim.left (Hannover)

„Wir brauchen vor allem institutionelle Unterstützung und strukturelle Anreize [...]. Antisemitismuskritische Bildung darf kein Randthema bleiben, sondern muss als fächerübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden werden. Gleichzeitig braucht es konkrete Anreize für Studierende, etwa durch die Verankerung erinnerungskultureller Inhalte im Studium oder die Anrechnung von Engagement in diesem Bereich.“

Students Remember (München)

„Es braucht verbindliche Richtlinien für den Umgang mit Gruppen, die Veranstaltungen auf dem Campus organisieren und dabei antisemitische Positionen verbreiten [...]. Zudem vermissen wir mehr Engagement seitens der Dozierenden, Antisemitismus aktiv über Lehrveranstaltungen hinaus zu thematisieren und ihm zu widersprechen. Zudem ist der Ausbau einer spezialisierten, für Antisemitismus sensibilisierten Antidiskriminierungsstelle notwendig, die über ausreichende Ressourcen verfügt, um Betroffene zu unterstützen, Vorfälle konsequent zu bearbeiten und präventiv zu beraten.“

Arbeitskreis gegen Antisemitismus (Halle)

„Neben einer engen Orientierung an der IHRA als zentraler Referenz und eines Abbaus von Hürden zur Organisation antisemitismuskritischer Veranstaltungen auf dem Campus müssen zum einen die Kompetenzen des aktuellen Antisemitismusbeauftragten der Universität erweitert werden [...]. Wünschenswert wäre darüber hinaus, dass die Universität selbst mehr curriculare Angebote wie Workshops und Ringvorlesungen zu den Themen Antisemitismus und israelisch-palästinensischer Konflikt schafft, und diese strukturell verankert. Zuletzt sollten auch Kooperationen zwischen der Universität und jüdischen Institutionen gestärkt werden.“

Bündnis gegen Antisemitismus (Köln)

„Um Antisemitismus zu bekämpfen, wäre es erstmal hilfreich, wenn ein breiterer Konsens zu seinem Verständnis existieren würde. Bildungsarbeit und -material sind dafür weiter essenziell. Wenn Antidiskriminierungsstellen und Universitätsleitungen besser geschult wären und sich zum Beispiel klarer zur IHRA Definition bekennen würden, gäbe es ein solideres Fundament zur Zusammenarbeit.“

Referat gegen Antisemitismus (Heidelberg)

„Wir erwarten eine klare, unmissverständliche Anerkennung von Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen. Ohne Relativierung und ohne ideologische Vorbehalte. Antidiskriminierungsschulungen müssen vermehrt angeboten, fachlich fundiert und unabhängig von politischen Auseinandersetzungen gestaltet werden. Außerdem brauchen Betroffene Unterstützung, bei der ihre Erfahrungen ernst genommen werden, ohne sie infrage zu stellen oder ihnen vorzuschreiben, wie sie damit umzugehen haben.“

Studierende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„I would like to see a more active role taken by the university in addressing antisemitism and in creating a safe and inclusive environment for all students.“

Internationale Studierende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„We need professional supporters escorting the assistance of safe spaces to share support and learn how to answer and how to grow stronger mentally, organizing events and talks that will explain that.“

International Scientists der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

„Zum einen wünsche ich mir, dass jüdische Vertrauensdozierende der Vertrauenspersonen als Ansprechpartner für Antisemitismus-betroffene zur Verfügung stehen [...]. Darüber hinaus sehe ich den Bedarf an psychologischer Unterstützung [und] einen dringenden Bedarf an einschlägigen Schulungen für ALLE Uniangehörige.“

Nichtwissenschaftliche Mitarbeitende der Alliance against Antisemitism (Konstanz)

Literaturempfehlungen

Améry, Jean (2024).

Der neue Antisemitismus.
Stuttgart: Cotta.

Bernstein, Julia/Bodenheimer, Alfred/Schilling, Elisabeth (2026).

Ausnahmezustand. Hochschulen im deutschsprachigen Raum
seit dem 7. Oktober. Zeugnisse von Betroffenen.
Wallstein Verlag.

Geffken, Lisa/Lelle, Nikolas (2026).

Warum man Israel nicht hassen muss, um zu den Guten zu gehören.
Verbrecher Verlag

Jacobs, Andreas/Ottinger, Richard (2026).

Akademischer Antisemitismus. Wie Forschung und Lehre Judenhass
begründen und verbreiten.

Schwarz-Friesel, M. (Hg.), (2015).

Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und
Zivilgesellschaft. Baden-Baden: Nomos

Serloth, B. (2024).

Vom übersehenen akademisch-intellektuellen Antisemitismus
und Antizionismus. Medienimpulse, 62(3).

Sosada, Johannes (2025).

Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland:
Orte der Toleranz? Baden-Baden: Nomos.

Urban, Susanne/Hoppe, Gabriel/Nützl, Leonie (2025).

Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart.
Kontinuitäten – Interventionen – Bedarfe.
Philipps-Universität Marburg / RIAS Hessen.

UNSAFE SPACES.

Ein Podcast über Antisemitismus an Bildungs- und Kulturorten.
Folge 2: Universitäten.
[https://www.ghwk.de/de/podcast/episode/
unsafe-spaces-2-universitaet](https://www.ghwk.de/de/podcast/episode/unsafe-spaces-2-universitaet)

Veiler, Hanna (2026).

Jung, jüdisch, wütend. Unser Ringen um eine Zukunft
in Deutschland. Piper-Verlag.

Volkov, Shulamit (2000).

Antisemitismus als kultureller Code: Zehn Essays.
Beck'sche Reihe.

Endnoten

- 1 HRK – Hochschulrektorenkonferenz (April 2024): Tätigkeitsbericht 2023 https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-10-Publikationsdatenbank/Arbeitsbericht_2023.pdf, S. 6, abgerufen am 14.07.2026.
- 2 Vgl. Sekretariat der Kultusministerkonferenz (07.12.2023): Aktionsplan gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2023/2023_12_07-Aktionsplan-gegen_Antisemitismus-und-Israelfeindlichkeit.pdf, abgerufen am 14.07.2026.
- 3 unauf (09.05.2026): Julia von Blumenthal bezieht Stellung zu den Fragen des Studierendenparlaments – StuPa Sitzung am 06.05.2026 <https://www.unauf.de/2026/julia-von-blumenthal-bezieht-stellung-zu-den-fragen-des-studierendenparlaments-stupa-sitzung-am-06-05-2026-unaufgefordert-studierendenzeitung-hu-berlin/?amp>, abgerufen am 14.07.2026.
- 4 taz (12.07.2026): Umfassender Israel-Boycott beschlossen: <https://taz.de/Studierendenparlament-der-Humboldt-Uni/!6195051/>, abgerufen am 14.07.2026.
- 5 Vgl. Schwarz-Friesel, Monika (Hg.) (2015): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden, S. 30.
- 6 Sosda, Johannes (2026): Gebildeter Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober 2023. In: Jacobs, Andreas/Ottinger, Richard (Hg.): Akademischer Antisemitismus. Wie Forschung und Lehre Judenhass begründen und verbreiten. Leipzig, S. 176.
- 7 Jacobs, Andreas/Ottinger, Richard (Hg.): Akademischer Antisemitismus. Wie Forschung und Lehre Judenhass begründen und verbreiten. Leipzig, S. 176.
- 8 ebd.
- 9 Améry, Jean (2024). Der neue Antisemitismus. (S. 42)
- 10 Volkov, Shulamit (2000). Antisemitismus als kultureller Code. (S. 23)
- 11 Religiöse Sonderregelungen können sich etwa auf Freistellung von Prüfungen an hohen jüdischen Feiertagen beziehen.
- 12 Bernstein, Julia/Kogan, Ilja/Ishay, Roglit (2025): Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus an Hochschulen – Initiative Netzwerk jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz, <https://n-j-h.de/herausforderungen-in-der-auseinandersetzung-mit-antisemitismus-an-hochschulen-initiative-netzwerk-juedischer-hochschullehrender-in-deutschland-oesterreich-und-der-schweiz/>
- Bernstein, Julia/Bodenheimer, Alfred/Schilling, Elisabeth (Hrsg.) (2026): Ausnahmezustand: Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober. Zeugnisse von Betroffenen. Göttingen
- Bernstein, Julia/Sierka, Marek (2026): Zwischen Boycott, Bedrohung und Schweigen. Angriffe auf jüdische und israelische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober 2023, <https://kritischebildung.de/afkg/boycott-bedrohung-schweigen>
- 13 Müller, Stefan (2024a): Die (gar nicht so) komplizierte Sache mit dem Antisemitismus. In: HLZ, Jg. 77, Heft 9–10, S. 12–13, <https://www.gew-hessen.de/details/unterschaetztes-problem>

14 Der Forschungsverbund „Antisemitismus an Hochschulen in Hessen aus jüdischen und nicht-jüdischen Perspektiven. Eine Mixed-Methods-Studie“, gefördert im Rahmen des HMWK-Programms „Stärkung der Demokratieforschung Hessen“ in der Förderlinie Antisemitismus, rückt diese und vergleichbare Fragen in den Mittelpunkt. Ziel ist es, eine belastbare empirische Datengrundlage für Hessen zu schaffen, die Verbreitung unterschiedlicher Formen und Erscheinungsweisen von Antisemitismus an Hochschulen unter systematischem Einbezug jüdischer Perspektiven zu erfassen sowie auf datenbasierter Grundlage bestehende Kontroversen und mögliche Gegenstrategien im Hochschulbereich zu identifizieren. Wir danken herzlich dem ganzen Team, Prof. Dr. Katja Adl-Amini, Fabian Heindl, Florian Diddens, Lukas Leinders und Charlotte Brandes für die Diskussionen.

15 vgl. dazu auch Scherr, Albert (2026): Antisemitismus als soziales Problem und als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. In: Soziale Probleme. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle, 1/2026, S. 55–70

16 Müller, Stefan (2024b): Überlegungen zum Judenhass. Zur Erinnerung an die Kritische Theorie. In: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen, Jg. 78, Heft 12, S. 1122–1150

17 Steinert, Heinz (1998): Genau hinsehen, geduldig nachdenken und sich nicht dumm machen lassen. In: ders. (Hrsg.): Zur Kritik der empirischen Sozialforschung. Ein Methodengrundkurs (Studientexte zur Sozialwissenschaft; Bd. 14). Frankfurt am Main, S. 67–79.

18 Sierka, Marek/Bernstein, Julia/Ishay, Roglit/Kogan, Ilja (2026): „Nie wieder wehrlos“. Vom Aufstand im Warschauer Ghetto zum Jom haScho'a und zur Selbstbehauptung des jüdischen Staates, <https://n-j-h.de/nie-wieder-wehrlos/>

19 „CARS“ steht für „Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien“. Das Institut ist an der Katholischen Hochschulen NRW am Standort Aachen angesiedelt.

20 „SABRA“ steht für „Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus“.

21 „ADIRA“ steht für „Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus“.

22 „SDS“ steht für „Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband“, den Studierendenverband der Partei „Die Linke“.

23 „BDS“ steht für „Boycott, Divestment and Sanctions“. Zur Kritik vgl. Feuerherdt/Markl 2020

24 Siehe dazu weiterführend u. a. Ingo Elbe et al. (Hrsg.): „Probleme des Antirassismus. Critical Whiteness, postkoloniale Studien und Intersektionalitätsforschung in der Kritik“, Berlin 2022; Stephan Grigat et al. (Hrsg.): „Erinnern als höchste Form des Vergessens? (Um-) Deutungen des Holocaust und der ‚Historikerstreit 2.0‘“, Berlin 2023; Bruno Chaouat: „Ist Theorie gut für die Juden? Das fatale Erbe französischen Denkens“, Berlin 2024; Ingo Elbe: „Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der ‚progressive‘ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung“, Berlin 2024; Adam Kirsch: „Siedlerkolonialismus. Ideologie, Gewalt und Gerechtigkeit“, Berlin 2025; Stephan Grigat/Karin Stögner (Hrsg.): „Projektiver Antizionismus. Antisemitismus gegen Israel vor und nach dem 7. Oktober“, Baden-Baden 2025; Richard Schuberth: „Vom Antisemitismus, der keiner sein will“, Berlin 2026; Katrin Henkelmann/Andreas Stahl: „Antisemitismus an Hochschulen nach dem 7. Oktober 2023“, in: Ludger Hiepe/Sarah Kabogan/Mouhanad Khorchide/Abdulkerim Şenel (Hrsg.): „Antisemitismus und Politischer Islamismus. Analyse, Prävention und Lösungsansätze“, Baden-Baden 2026, i. E.

25 „RIAS“ steht für „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“, die in den meisten Bundesländern sowie als Bundesverband existiert.

26 Siehe zur Debatte über die verschiedenen Antisemitismus-Definitionen Elbe/Elmers 2025: <https://kritischebildung.de/afkg/wie-die-jerusalem-erklarung-antisemitismus-verharmlost> sowie Stahl 2026: <https://youtu.be/CzwrrK8Lchw?si=wUfjfdcmoBfTlJy>.

27 Vgl. zum Problem des „Dunkelfelds“ bei der Erforschung von Antisemitismus generell Beyer et al. 2024: <https://www.land.nrw/media/33477/download>.

28 Siehe dazu u. a. Johannes Sosada: „Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland. Orte der Toleranz?“, Baden-Baden 2025.

29 Vgl. dazu u. a.: <https://www.westfalen-blatt.de/owl/bielefeld/akademischer-antisemitismus-uni-andreas-stahl-3572071>; <https://n-j-h.de/offener-brief-solidaritaet-mit-andreas-stahl>; <https://kritischebildung.de/beitraege/solidaritaet-mit-andreas-stahl>; <https://www.sabra-jgd.de/aktuelles/statement>; <https://jungle.world/artikel/2026/25/antizionistische-randalierer-uni-bielefeld-noch-immer-nicht-befreit>.

30 Vgl. dazu u. a.: <https://www.facebook.com/andreas.stahl.96/posts/pfbid04Rhh5hAVzzqUfdSDmWwMokNrzioQ9upy1Jrtoxqf75i7jLxbU2C8CH4Qj31qsxFml>; <https://www.westfalen-blatt.de/owl/bielefeld/antisemitische-stoerung-an-der-universitaet-palaestina-israel-antisemitismus-3451205>; https://www.nw.de/lokal/bielefeld/mitte/24231292_Antisemitischer-Zwischenfall-erschuettert-Universitaet-Bielefeld-Es-war-bedrohlich.html.

31 Vgl.: <https://www.instagram.com/p/DZOCh6gDkvD>.

32 Vgl. folgenden Bericht zur Veranstaltung: <https://www.facebook.com/andreas.stahl.96/posts/pfbid027LkxCCbTgorpig3LXYoxvHmUettpg714jEtAUqMf5PrjGAjpTckKzMa1wgXSH3wpl>.

33 Siehe hierzu ausführlicher: Andreas Stahl: „Antisemitismus-Kritik als Sisypusarbeit? Über Antisemitismus im akademisch-aktivistischen Bereich“, in: Julia Bernstein/Alfred Bodenheimer/Elisabeth Schilling: „Ausnahmezustand. Hochschulen im deutschsprachigen Raum seit dem 7. Oktober. Zeugnisse von Betroffenen“, Göttingen 2026.

HASS UND HETZE BRAUCHEN GEGENWIND

Gemeinsam mit dir setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellt.

Das sind wir

Was uns verbindet, ist die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft stark ist, wenn wir füreinander eintreten. Dass wir gemeinsam für Demokratie und Menschenwürde und ein respektvolles Miteinander eintreten. Seit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung 1998 setzen wir uns dafür ein, dass genau das Realität wird – mit dir und mit allen, die nicht wegschauen. Denn es braucht jede Stimme, jeden Schritt und jede Tat gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Zusammen ...

... UNTERSTÜTZEN wir Menschen, die von antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt betroffen sind. Wir leisten konkrete, unbürokratische Hilfe und setzen uns dafür ein, dass ihre Perspektiven gehört werden: in der Öffentlichkeit, im Bundestag, auf der Straße.

... FÖRDERN wir Initiativen und Projekte in ganz Deutschland, die sich stark machen für eine lebendige und demokratische Zivilgesellschaft – besonders dort, wo es schwierig ist, und oft im ländlichen Raum.

... FORSCHEN und BEOBACHTEN wir Entwicklungen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Unser Fachwissen fließt in Studien, Publikationen, Beratungen und in konkrete Forderungen an die Politik.

... SORGEN wir dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben – damit sie nicht vergessen oder verdrängt werden. Ob mit Pressearbeit, Social Media oder Artikeln auf Belltower.News – wir machen Haltung sichtbar. Und wir gehen weiter: mit Workshops, Bildungsarbeit und Fortbildungen für alle, die in ihrem Umfeld etwas bewegen wollen.

Mach mit!

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der Amadeu Antonio Stiftung. Damit wir uns weiterhin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus engagieren können. Gemeinsam. Sei dabei.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden

Ja, ich bin dabei!



SPENDENKONTO

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG FOLGEN:

Instagram: [instagram.com/amadeuantoniofoundation](https://www.instagram.com/amadeuantoniofoundation)
Facebook: [facebook.com/AmadeuAntonioStiftung](https://www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)
LinkedIn: [linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung](https://www.linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung)

Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sind ein Projekt in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung und des Anne Frank Zentrums. Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

